www.gegen-vergessen.de 77 / Juli 2013

Gegen Vergessen FÜR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Rechtsextremismus in Westdeutschland ab Seite 04

Die Steinwache in Dortmund ab Seite 06

Modellwerkstatt Dortmund? ab Seite 09

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, liebe Freundinnen und Freunde,

was kann eine Stadt gegen Rechtsextremismus tun? Dieser Frage wollen wir in der neuesten Ausgabe unserer Zeitschrift am Beispiel Dortmunds nachgehen. Denn in Dortmund zeigt sich, dass es gelingen kann, den Vormarsch von Rechtsextremisten zu stoppen. Möglich wird das, wenn Politik, Kommunalverwaltung, Bürgerinnen und Bürger Hand in Hand arbeiten, um unsere demokratischen Werte zu verteidigen.

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Die Auseinandersetzung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts führt immer wieder zu dieser folgenreichen Erkenntnis. Auch vor diesem Hintergrund wollen wir in unserer Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. ein neues Feld etablieren: die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte.

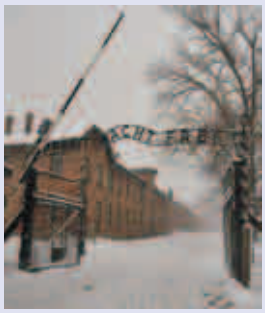
Wie können wir ein anschauliches Bild von der Geschichte politischer Teilhabe zeichnen? Welche Anknüpfungspunkte und Umsetzungsmöglichkeiten sind dazu geeignet? Spuren zur Geschichte und Entwicklung von Demokratie und Partizipation gibt es an jedem Ort.

Wie kann es gelingen, diese sichtbarer zu machen? Mit diesen und anderen Fragen möchten wir uns als Gegen Vergessen – Für Demokratie zunächst als Auftakt am 18. und 19. Oktober bei einer Tagung in Halle beschäftigen. Ich lade Sie ganz herzlich ein, nach Halle zu kommen und mit uns zu diskutieren.

Ihr Wolfgang Tiefensee

Der Workshop **„Demokratiegeschichte. Anregungen für die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie“** beginnt am Freitag, dem 18. Oktober 2013, ab 17.15 Uhr im Stadtmuseum Halle und endet am 19. Oktober um 17.00 Uhr.
Bei Interesse an der Tagung kontaktieren Sie bitte unsere Geschäftsstelle in Berlin: Tel.: 030 263978-3, Fax: 030 263978-40, E-Mail: info@gegen-vergessen.de

Die **diesjährige Mitgliederversammlung** findet am Samstag, den 23. November 2013, im Berliner Abgeordnetenhaus statt. Am 24. November 2013 werden ebenfalls im Berliner Abgeordnetenhaus der Preis „Gegen Vergessen – für Demokratie“ und der „Waltraud-Netzer-Jugendpreis“ verliehen.



Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

THEMEN

Rechtsextremismus in Westdeutschland 4
Mahn- und Gedenkstätte: Die Steinwache in Dortmund 6
Modellwerkstatt Dortmund? 9
60 Jahre „Tor zur Freiheit“ 12
Schulprojekt Anne Frank 14

AUS UNSERER ARBEIT

Die Erinnerung an die deutsche Besatzung Griechenlands 17
Machen Sie mit! Gegen Vergessen – Für Demokratie bei Facebook 19
Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus 20

REGIONALE ARBEITSGRUPPEN

RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden: Ingeborg Hecht 21
RAG Rhein-Ruhr West: Der Bundespräsident in Sant`Anna di Stazzema 22
RAG Münsterland: Trotz klaren Blicks beklemmend 24
RAG Münsterland: Wo drohen „Fettnäpfchen“ im Zeitzeugengespräch? 25
RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen: Bundespräsident nimmt sich 90 Minuten Zeit 26
RAG München: Renaissance am Rande des Untergangs 28

NAMEN UND NACHRICHTEN

Ein großes „B“ erinnert an den Mut der Häftlinge in Auschwitz 30
Gegen Vergessen – Für Demokratie erhält den Wilhelm-Hoegner-Preis 31
Der 12. März 1938 – ein Tag der Katastrophe 32
Vorstandsmitglied Max Stadler gestorben 33
An Willy Jesse erinnern – Gegen ein verordnetes Vergessen 34
Museum für Geschichte der polnischen Juden in Warschau eröffnet 36

REZENSIONEN

Berlin Jenaer Straße 7 38
Winter in Prag 39

BUCHEMPFEHLUNGEN

Oskar Schindler. Seine unbekannten Helfer und Gegner 41
Verfolgung und Widerstand. Das Schicksal Münchner Sozialdemokraten in der NS-Zeit 41
Geraubte Kindheit. Ein Junge überlebt den Holocaust 42
Der Freiheit verpflichtet 42
Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990 – 2013 43
Aufstehen gegen Vergessen und Unrecht! 43
„Ich fühle mich angekommen – mittlerweile“ 44
Sisyphos‘ Erbe 44

BEITRITTSERKLÄRUNG 45
VORSTAND | IMPRESSUM 46
ORGANISATORISCHES 47

Wolfgang Tiefensee

Rechtsextremismus in Westdeutschland

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus – Beispiel Dortmund

Die Probleme mit rechtsextremen Kräften in Dortmund sind beachtlich. Doch auch der vehemente Einsatz in der Stadt gegen diese Kräfte ist beeindruckend. Aus diesem Grund trafen sich die Mitglieder des Vorstands und Beirats von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. am 26. März 2013 in Dortmund.

Ziel der Tagung war es, sich über die Dortmunder Erfahrungen zu informieren und ein Zeichen zu setzen, dass unsere bundesweite Vereinigung diejenigen unterstützt, die sich tagtäglich vor Ort mit menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen auseinandersetzen müssen. Dies brachte auch Oberbürgermeister Ullrich Sierau zum Ausdruck, der für die Sitzung eigens seine Urlaubsplanungen verändert hatte. Sierau sagte: „Wir lassen in Dortmund in unserem Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nach. Ich freue mich, dass wir eine starke Organisation wie den Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie an unserer Seite haben. Dies ist eine Bestätigung für das Engagement der Stadt und der Zivilgesellschaft."

Foto: Georg Bandermann

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung in Dortmund

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe. Alle sind aufgerufen sie anzugehen: staatliche Institutionen in Bund, Ländern und Gemeinden, Wirtschaft und gesellschaftliche Organisationen wie die Bürgerschaft unseres Landes, in Nord- und Süd- wie auch in West- und Ostdeutschland. Alle vorhandenen Erfahrungen weisen darauf hin, dass demokratiefeindliche Einstellungen und Handlungen nicht einfach verschwinden werden. Auch zeigt der Vergleich mit anderen europäischen Ländern, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch in Zukunft eine Herausforderung sein wird, die sich an alle gesellschaftlichen Akteure richtet.

Umso mehr ist es zu begrüßen, dass Dortmund in engem Zusammenschluss von Kommune und Bürgergesellschaft gegen rechtsextreme Strukturen vorgeht. Mit Ratsbeschluss vom September 2007 wurde der Auftrag erteilt, einen Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu erarbeiten. Die Stadt setzte einen Sonderbeauftragten nur für die Thematik des Rechtsextremismus ein und stellte 100.000 Euro für Projektmittel gegen Rechtsextremismus bereit. Seit Anfang 2008 wird durch eine Koordinierungsstelle eine umfangreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus geleistet, die sich in Öffentlichkeitsarbeit, Bildungs- und Präventionsangeboten sowie der Organisation und Vernetzung der Gegenaktivitäten zu den rechtsextremen Demonstrationen erstreckt.

Die Mitglieder des Vorstands und Beirats konnten mit überaus kompetenten Gesprächspartnern über den Dortmunder Weg der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus diskutieren: Neben Oberbürgermeister Ullrich Sierau referierten auch Prof. Dr. Dierk Borstel von der Fachhochschule Dortmund, der Sonderbeauftragte der Stadt Dortmund Hartmut Anders-Hoepgen (selbst Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.) und Claudia Luzar, die Leiterin von Back Up, Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Westfalen.

Deutlich wurde dabei, dass es wichtig ist, diese Aktivitäten bundesweit zu flankieren. Die Akteure vor Ort brauchen manchmal ein schützendes Schild, das über sie gehalten wird. Denn hier wird im wahrsten Sinne Pionierarbeit geleistet. So wie sich Menschen ändern, gilt es auch immer wieder neue Formen der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu finden. Dabei darf es keine Erstarrung in althergebrachten Ritualen geben. So muss also auch erprobt und überprüft werden – manchmal, ohne dass das Ende schon vorherzusehen wäre. Gerade dann brauchen die Vertreter unsere Unterstützung.

Die Mitglieder des Vorstands und Beirats zeigten sich tief beeindruckt von den Dortmunder Erfahrungen. Hier treten Bürger für eine Gesellschaft in Vielfalt ein, in der Ausgrenzung und menschenfeindliche Einstellungen keinen Platz haben. Ein besonderer Dank gilt auch Hans Glasner und Dr. Stefan Mühlhofer von der Regionalen Arbeitsgruppe Östliches Ruhrgebiet, die die Idee dieser Tagung an den Vorstand herangetragen und die Organisation vor Ort übernommen haben. ■

Wolfgang Tiefensee ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Farbe bekennen gegen Rechtsextremismus: Bürgerengagement in Dortmund.

Foto: Dortmund-Agentur, Stadt Dortmund

Stefan Mühlhofer

Vom Polizeigefängnis zur Mahn- und Gedenkstätte: Die Steinwache in Dortmund

Foto: Stadtarchiv Dortmund

Eine kurze Geschichte der Steinwache

Über das Polizeigefängnis Steinwache schrieb 1931 der Dortmunder Generalanzeiger: „Der moderne Strafvollzug hat in anerkennenswertem Ausmaße neue Mittel und Wege gefunden, um das Los derer, die ein straffälliges Opfer der ungeheuren sozialen Not wurden, zu erleichtern. […] dass schon manches getan ist, zeigt ein Besuch im Dortmunder Polizeigefängnis in der Steinstraße."

Dort befand sich bereits 1869 eine Wachstube der Polizei. Infolge der Industrialisierung wuchs die Dortmunder Bevölkerungszahl um die Jahrhundertwende explosionsartig an. Im Norden der Stadt, in der Nähe der Steinstraße, entstand ein völlig neuer Stadtteil für Arbeiterfamilien. Die längst unzureichend gewordene Wachstube an der Steinstraße wurde deshalb 1906 durch ein imposantes Polizeidienstgebäude für das 5. Polizeirevier ersetzt. Aus Sicht der Behörden war das neue Polizeirevier nicht nur wegen der gestiegenen Bevölkerungszahl erforderlich: Es galt auch, ein Arbeiterviertel und damit einen möglichen politischen Unruheherd zu überwachen. Bereits 1926/27 begannen die Arbeiten für einen Erweiterungsbau. Im Baustil der „Neuen Sachlichkeit" wurden ein Verwaltungsgebäude und ein Polizeigefängnis angegliedert. Im Herbst 1928 war der Neubau bezugsfertig. Der Verbindungsbau zwischen Verwaltungs- und Gefängnistrakt diente vor 1933 in erster Linie als Schlaf- und Schulungsgebäude für das Polizeipersonal.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 änderte sich die Situation in der Steinwache grundlegend. Von Anfang an war sie ein zentraler Schauplatz des NS-Terrors und fungierte als eine der berüchtigtsten Folterstätten in der Region. Als „Hölle Westdeutschlands" war die Steinwache weithin bekannt. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft saßen hier zahlreiche Funktionäre der demokratischen Parteien, der KPD und der Gewerkschaften ein, aber auch Bürger jüdischen Glaubens und Vertreter der christlichen Kirchen. Einige hielt man für wenige Tage, andere für Wochen und Monate fest. Sie wurden verhört und oft grausam misshandelt.

In den Kriegsjahren waren hier vor allem ausländische Zwangsarbeiter inhaftiert. Ihnen wurden in erster Linie geringfügige Verstöße gegen die strengen, rassistischen Ausländergesetze der Nationalsozialisten vorgeworfen, wie „Arbeitsvertragsbruch", „Arbeitsflucht" oder „Arbeitsbummelei". In wenigen Fällen beschuldigte man sie auch sogenannter „Rassevergehen", also Beziehungen zu deutschen Männern und Frauen sowie Sabotage der Kriegsproduktion begangen zu haben. Diese Vergehen ahndete die Gestapo mit „Sonderbehandlung", das heißt polizeilicher Exekution.

Laut Zeitzeugen wurden die saalartigen Räume des Zwischentraktes – auf Grund dauerhafter Überbelegung der eigentlichen Gefängniszellen – in der NS-Zeit teilweise als Sammelzellen für Häftlinge genutzt.

Im Zweiten Weltkrieg blieben die Gebäude von schweren Bombentreffern, die nahezu die gesamte Dortmunder Innenstadt zerstörten, verschont. Deshalb wurden nach Kriegsende sowohl

Fotos: Stadtarchiv Dortmund

Deutlich sieht man an den Treppenaufgängen im Inneren der Gedenkstätte, dass es sich bei diesem Gebäude einmal um ein Gefängnis gehandelt hat.

Polizeiwache als auch Gefängnis weiterhin von der britischen Militärregierung und später der Polizei genutzt. Von 1961 bis 1986 dienten die Räumlichkeiten des Gefängnisses als Übernachtungsstelle für Nichtsesshafte. In den achtziger Jahren war der gesamte Gebäudekomplex wiederholt vom Abbruch bedroht.

Zahlreiche Initiativen, insbesondere der Stadtjugendring und das 1980 gegründete Kuratorium „Widerstand und Verfolgung in Dortmund", traten dagegen für eine sinnvolle Umnutzung der Steinwache ein. Dem Kuratorium gehörten, unter dem Vorsitz des damaligen Oberbürgermeisters Günter Samtlebe, Vertreter von Opferverbänden, der Politik, der Gewerkschaften, der Kirchen und weiteren zivilgesellschaftlichen Kräften an. Schließlich beschloss der Rat der Stadt, das Gefängnis zu sanieren und unter Leitung von Günther Högl die überarbeitete Fassung der Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933 bis 1945" dort zu zeigen. Als wissenschaftlicher Berater und Mentor war der Bochumer Historiker Hans Mommsen – einer der besten Kenner des Nationalsozialismus – an der Konzeption und Ausführung der Ausstellung beteiligt.

Die Steinwache als Gedenkstätte

Die Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache erfolgte am 14. Oktober 1992. Sie fällt in eine Zeit der Bundesrepublik, in der die Errichtung und der Betrieb von Gedenkstätten begannen, ein anerkannter Sektor der Kulturpolitik zu werden. „Eine Stadt stellt sich, nach fünfzig Jahren, ihrer Vergangenheit" schrieb Andreas Rossmann in der FAZ anlässlich der Einweihung. In dieser Phase bewahrte man glücklicherweise Gedenkorte in ihrer historischen Form. Denn mehrheitlich wollte die Gesellschaft sich das nicht ansehen, man wollte es im Grunde gefühlsmäßig nicht wahrhaben. Gegen dieses Nicht-wirklich-Wahrhaben-wollen richteten sich die Gedenkstätten, auch die 1992 eröffnete Steinwache. »

Foto: Helfmann/Wikipedia

Der Eingang zur Mahn- und Gedenkstätte Steinwache.

» Zugleich schloss sich in den Gedenkstätten, neben einer lokalen Historiographie der NS-Zeit, ein vielfältiges geschichtspädagogisches Bemühen an. Es wurde nicht nur an Emotionen appelliert, sondern das Geschehene wissenschaftlich aufgearbeitet, erläutert, erzählt, kontextualisiert und ein Raum für politische Diskussion eröffnet. Neben museumspädagogischen Angeboten wird in der Steinwache seit vielen Jahren ein wissenschaftliches Begleitprogramm angeboten. In den letzten Jahren waren namhafte NS-Forscher zu Gast in der Steinwache, u.a. Hans Mommsen, Manfred Messerschmidt, Peter Longerich, Sönke Neitzel und Alfons Kenkmann.

Seit der Eröffnung 1992 besuchten über 390.000 Menschen die Ausstellung, ab dem Jahre 2002 lag die Zahl pro Jahr immer über 20.000. Schülerinnen und Schüler stellten dabei die größte Gruppe. Etwa 4.500 Schulklassen aus Dortmund und der Umgebung bekamen in einer qualifizierten Führung die Ausstellungsinhalte der Gedenkstätte vermittelt. Auch ehemalige Verfolgte der Nationalsozialisten, die heute im In- und Ausland leben, besuchten mit ihren Angehörigen diesen historischen Ort.

Die Steinwache ist inzwischen als zentraler Ort der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus in Dortmund und darüber hinaus anerkannt. Mit allen wichtigen Akteuren in der Stadt, die sich mit diesen Jahren der deutschen Geschichte beschäftigen, besteht ein intensiver und regelmäßiger Austausch.

Dr. Stefan Mühlhofer ist wissenschaftlicher Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache Dortmund und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Zudem existiert auch mit anderen Orten der Erinnerung an den Nationalsozialismus ein regelmäßiger Austausch, so mit dem Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten in NRW, der KZ-Gedenkstätte Buchenwald, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Berlin), Yad Vashem (Jerusalem), Leo Baeck Institut (New York) und dem United States Holocaust Memorial Museum (Washington).

Laufend wird das museumspädagogische Programm den veränderten Rezeptionsgewohnheiten der Besucher angepasst.

Seit einiger Zeit wird die Überarbeitung und Neukonzeption der Dauerausstellung vorbereitet. Dort soll stärker als bisher vom Ort selbst, dem historischen Polizeigefängnis, ausgegangen werden. Die nationalsozialistische Polizei in all ihren Facetten wird dabei als zentrales staatliches Exekutivorgan und damit wichtiger gesellschaftlicher Akteur an der Schnittstelle von Staat und Gesellschaft in den Mittelpunkt der Ausstellung rücken. Sie soll das Scharnier sein, um die Geschichte der von ihr Verfolgten – etwa Juden, Sinti und Roma, politische und religiöse Gegner sowie Zwangsarbeiter – darzustellen. Erstmalig wird dies auf einer kommunalen und regionalen Mikroebene, der Stadt Dortmund und dem Regierungsbezirk Arnsberg, geschehen. Erzählt werden soll anhand von Einzelschicksalen, die wiederum in den allgemeinen historischen Hintergrund eingebettet werden. Dies macht den Zugang für alle Besucher leichter und die Geschichte des Nationalsozialismus erfahr- und nachvollziehbar. Letztlich ist das Ziel eine Gesellschaftsgeschichte Dortmunds im Nationalsozialismus als ein exemplarisches Beispiel für eine Großstadt im Westen des Reiches zu präsentieren. ■

Dierk Borstel

Modellwerkstatt Dortmund?

Innovationen nach dem Verbot des Nationalen Widerstands

Dortmund ist sowohl als ein Schwerpunkt rechtsextremer Aktivitäten in Westdeutschland, als auch für eine entschiedene Gegenwehr der demokratischen Stadtgesellschaft bekannt. Was sich am Beispiel der Ruhrpott-Metropole tatsächlich gut zeigen lässt ist, wie eine Stadt auf rechtsextreme Dominanzen reagieren kann und wie wiederum Rechtsextremisten mit dieser Gegenwehr umgehen.

Bis ins vergangene Jahr hinein galt Dortmund als Vorbild für Rechtsextremisten in Westdeutschland. Eine junge Generation von Rechtsextremisten erprobte mit erkennbaren Erfolgen die neue Strategie der sogenannten „Autonomen Nationalisten" (AN). Ästhetisch von der extremen Linken nicht mehr zu unterscheiden, öffneten sie sich anderen Jugendkulturen. Im Stadtteil Dorstfeld verfügten die AN über feste Räume und Wohngemeinschaften. Dort entfalteten sie über Jahre einen kommunalen Kampf um die kulturelle Lufthoheit vor Ort und im Alltag. Jugendliche wurden rekrutiert und mit niedrigschwelligen Angeboten gelockt, Opfergruppen zum Teil mit massiver Gewalt konfrontiert und die „schweigende Mitte" mit Propaganda überzogen. Bis ins Jahr 2009 waren es vor allem antifaschistische Gruppen, die diese Prozesse öffentlich thematisierten. Der frühere Oberbürgermeister Langemeyer ernannte immerhin 2007 einen Sonderbeauftragten für Demokratie und Vielfalt, der sich dem Thema Rechtsextremismus zuwendete. »

In Dortmund, einer vielfältigen Industriestadt, hat sich ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen gegen Rechtsextremismus entwickelt.

Foto: Smial/wikimedia

» Zu einem weitergehenden gesellschaftlichen Aufschrei kam es erst nach einem Fernsehbericht über eine Familie, die aus Angst vor rechtsextremer Gewalt Dorstfeld verließ und öffentlich die mangelnde Unterstützung der demokratischen Stadtgesellschaft beklagte. Fortan wurde ein lokaler Aktionsplan geschmiedet und Strategien des Umgangs entwickelt. Spannend ist heute die erstaunliche Breite des daraus entstandenen demokratischen Netzwerkes. In Dorstfeld hat sich über einen Runden Tisch der lokale Widerstand organisiert, in der gesamten Stadt beteiligen sich Gewerkschaften, Polizei, Ämter, Politiker, Kirchen, Schulen, Hochschulen, diverse Initiativen, antifaschistische Bündnisse und zahlreiche Bürger am Kampf gegen Rechtsextremismus.

Das Engagement lässt sich analytisch in vier Bereiche unterteilen:

■ **1. Prävention:** Viele Schulen, Teile der Jugendarbeit, Künstlerinitiativen, Gedenkstätten wie die Steinwache, Vereine wie „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und Hochschulen beteiligen sich über Projektwochen und Veranstaltungen, aber auch in den Regelbetrieben an der Präventionsarbeit.

■ **2. Repression:** Besonders die örtliche Polizei hat in enger Kooperation mit dem Ordnungsamt der Stadt den repressiven Druck auf die lokalen Rechtsextremisten deutlich erhöht. Höhepunkt war im letzten Jahr das Verbot der als „Nationaler Widerstand“ titulierten Autonomen Nationalisten.

■ **3. Integration:** Netzwerke und runde Tische haben sich über das ganze Stadtgebiet hinweg entfaltet und selbst organisiert. Sie sind in sich pluralistisch. Konsens besteht aber darüber, dem Rechtsextremismus keinen Platz zu gönnen und ihn trotzdem nicht nur vertreiben zu wollen. Dortmund will seine Probleme nicht den Nachbarstädten übergeben, sondern selbst vor Ort begrenzen und jedem die Hand reichen, der die Szene verlassen will.

■ **4. Intervention:** Ebenfalls besteht große Einigung in der Dortmunder Stadtgesellschaft darüber, dass Opfer rechtsextremer Gewalt besonderen Schutz bedürfen. Unterstützt von der Stadt und dem Land NRW hat sich dazu die bürgergesellschaftliche Opferberatungsstelle „Back Up NRW“ in Dortmund gegründet, deren Arbeitsfeld sich auf Westfalen insgesamt bezieht.

Probleme werden mittlerweile durch ein Netz aus Organisationen und Programmen aufgefangen. So hat sich in Dorstfeld ein Runder Tisch formiert, an dem aus bürgerschaftlichem Engagement und politischem Willen ein lokaler Aktionsplan gegen Rechtsextremismus entstand.

Foto: Smial/wikimedia

Rechtsextremismus ist bekanntlich immer nur so stark, wie die Gegenseite es zulässt. In Dortmund steht den sehr professionell agierenden Rechtsextremisten heute ein überaus breites Bündnis der Stadtgesellschaft gegenüber. Zwei Schlüsselereignisse brachten in der jüngsten Vergangenheit Bewegung in die Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremisten und Nicht-Rechtsextremisten. Im September 2011 organisierten die Autonomen Nationalisten eine große Demonstration und erwarteten mehrere tausend Teilnehmer. Tatsächlich standen nur etwa 700 Rechtsextremisten mehr als 10.000 Gegendemonstranten gegenüber. Ein Jahr später erfolgte der Verbotserlass des „Nationalen Widerstands". Parallel dazu kaufte die Stadt ihren zentralen Treffpunkt auf und kündigte den Mietern, so dass ihr Anlaufpunkt in Dorstfeld wegfiel. Die AN hat dies zunächst geschwächt. An den Rändern des organisierten, rechtsextremen Kerns zeigten sich Absetzbewegungen von Mitläufern. Die Magnetkraft schwand offensichtlich und dies nicht nur in Dortmund sondern auch in der westfälischen Region.

Die Szene organisierte sich dennoch schnell neu, gründete einen Kreisverband der neuen Partei „Die Rechte" und kaufte ein neues Ladenlokal im Nachbarbezirk Huckarde. Aus Repression erfolgte somit auf Seiten der Rechten Innovation. Aus der Bewegung wurde eine neue Partei. Sie intensivierte vor allem ihre Präsenz im Internet, startete eine tagesaktuelle Kommentierung in Form eines Blogs, sprach Jugendliche jetzt über Facebook und weniger auf der Straße an und baute einen rechtsextremen Vertrieb neu auf.

Es wurde deutlich, dass sich auch die demokratische Gegenseite neu aufstellen musste. In Huckarde organisierte sich schnell der lokale Widerstand. Über 200 Bürger erschienen zur Gründung eines Runden Tisches.

Angeregt von „Back Up" startete zudem eine Initiative zur Erneuerung und Ausweitung der demokratischen Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Herausforderung. Die bestehenden Maßnahmen sollten vor dem Hintergrund einer zentralen Frage ergänzt werden. Sie lautet: Welche Ansätze der Auseinandersetzung kann eine Stadtgesellschaft ergreifen, wenn sie in den Bereichen der Prävention, Integration und Repression vorbildlich arbeitet und trotzdem noch Rechtsextremisten vor Ort agieren? Wie soll mit ihnen umgegangen werden?

International finden sich dazu Ansätze unter dem Stichwort „Deradikalisierung", das heißt der unmittelbaren, politischen und konfrontativen Arbeit am rechtsextremen Feld. Ziel ist es, Ausstiegsprozesse bei den Zweifelnden in der Szene zu fördern und so die rechtsextreme Szene zusätzlich zu schwächen. Nicht gemeint ist damit der Ansatz einer oft fehlgeleiteten, weil nicht ausstiegsmotivierenden „akzeptierenden" Jugendarbeit. Unterstützt von den Oberbürgermeistern der Städte Dortmund und Hamm sowie der Oberbürgermeisterin von Bochum, dem Sonderbeauftragten der Stadt Dortmund und einem Fachkreis aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Back Up, der Gewerkschaft, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Fachhochschule Dortmund und der Gedenkstätte Steinwache wurde die Gründung eines westfälischen Trägervereins vorbereitet. Damit können Gegenmaßnahmen nun sinnvoller über Stadtgrenzen hinweg organisiert werden. Der Trägerverein soll zum einen die regionale Arbeit von Back Up fördern. Hinzu soll ein Arbeitszweig treten, der über neue Formen der „offensiven" Auseinandersetzung versucht, auch unmittelbar ausstiegsorientierend zu wirken.

Foto: Smial/wikimedia

Der Containerhafen in Dortmund zeigt, wie sehr die Industrie die Ruhrmetropole immer noch prägt.

In Dortmund und Westfalen ist somit Bewegung auf beiden Seiten erkennbar. Beide Seiten reagieren aufeinander, stellen sich organisatorisch um und erproben neue Strategien. Dortmund ist damit tatsächlich eine Modellwerkstatt für die konkrete Auseinandersetzung. Dies ist auf demokratischer Seite nur möglich, weil die Haltung zentraler Akteure, angefangen bei der Stadtspitze, eindeutig ist. Die klare Mehrheit der Stadtgesellschaft ist nicht bereit, den Rechtsextremisten Teile der Stadt zu überlassen. ■

Dr. Dierk Borstel ist Professor für praxisorientierte Politikwissenschaften an der FH Dortmund.

■ Die Beratungsstelle Back Up für Opfer rechtsextremer Gewalt in Dortmund

Back Up ist die erste Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Westdeutschland. Sie wurde im November 2011 unter der Leitung von Claudia Luzar gegründet und wird vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW finanziert. Claudia Luzar bringt langjährige Erfahrungen aus der Beratungsstelle „Opferperspektive" in Brandenburg mit.

Back Up berät Menschen, die Opfer von rechter Gewalt geworden sind oder bedroht wurden, aber auch deren Umfeld und Familien. Die Beratung erfolgt einzig im Sinne des Opfers, unabhängig davon, ob eine Anzeige bei der Polizei gestellt wurde oder nicht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchen die Opfer rechtsextremer Gewalt zu Hause oder an einem anderen gewünschten Ort. Sie bieten psychosoziale und psychologische Hilfe, vermitteln Anwälte und begleiten die Klienten zu Terminen bei der Polizei, bei Ärzten und Gerichtsverfahren. Back Up berät kostenlos, auf Wunsch auch anonym. ***Homepage: www.backup-nrw.org***

Foto: ENM – Susanne Muhle

Diskutierten über „Menschen im Übergang. Flucht, Migration und Integration gestern und heute“: Susanne Schädlich, Merle Hilbk, Moderatorin Dr. Jacqueline Boysen, Prof. Dr. Joachim Oltmer, Senatorin Dilek Kolat(von links nach rechts).

Henrik Bispinck

60 Jahre „Tor zur Freiheit“

Veranstaltungsprogramm anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung des Notaufnahmelagers Marienfelde

Vor 60 Jahren, am 14. April 1953, weihten Bundespräsident Theodor Heuss und der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter in Berlin das Notaufnahmelager Marienfelde ein. Errichtet wurde der Komplex für Flüchtlinge aus der DDR, von denen bis 1989 über 1,3 Millionen dieses „Tor zur Freiheit“ passierten. Zusätzlich gelangten von 1962 bis 2010 über 96.000 Spätaussiedler aus Russland, Polen und anderen osteuropäischen Ländern über Marienfelde in die Bundesrepublik. Heute dienen die Gebäude als Übergangswohnheim für Asylsuchende und Flüchtlinge – zurzeit leben hier rund 600 Menschen. Anlässlich des Jubiläums richtete die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, die seit 2005 eine Dauerausstellung im ehemaligen Verwaltungsgebäude betreibt, ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm aus.

Den Auftakt machte am Abend des 11. April eine Podiumsdiskussion zum Thema „Menschen im Übergang. Flucht, Migration und Integration gestern und heute“. Zum Einstieg skizzierte der Migrationsforscher Professor Jochen Oltmer in einem Kurzvortrag die Entwicklung der Einwanderung in die Bundesrepublik von den Wanderungsströmen der 1940er und 1950er Jahre als Folge des Zweiten Weltkriegs bis hin zu aktuellen Diskussionen um Zuwanderung und Integration im vereinigten Deutschland. Anschließend diskutierte er mit der Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Dilek Kolat, sowie mit den Autorinnen Susanne Schädlich und Merle Hilbk. Sowohl Schädlich, die in den 1970er Jahren als Kind mit ihren Eltern aus der DDR ausgereist war, als auch Hilbk, deren Familie als Spätaussiedler aus der Sowjetunion nach Westdeutschland gekommen war, berichteten über die Integrationsschwierigkeiten, die Menschen auch ohne Sprachbarrieren in der Bundesrepublik erfuhren. Dilek Kolat, Tochter türkischer Einwanderer, die in den 1960er Jahren nach Berlin kamen, betonte, dass die Integrationsfrage zu stark vom Ankunftsland aus betrachtet würde, während die Perspektive der Zuwanderer, ihre Chancen und ihr Streben nach Glück zu wenig Berücksichtigung fänden.

Am darauffolgenden Freitag fand eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland“ statt, auf der Historiker und Politologen aktuelle Forschungsergebnisse diskutierten. In der ersten Sektion ging es um Flüchtlingslager und Asylpolitik im Kontext des Kalten Krieges. Anschließend wurde das Verhältnis zwischen Lagern und ihrem unmittelbaren Umfeld beleuchtet. Neben den zahlreichen über Westberlin verstreuten Flüchtlingslagern und dem Notaufnahmelager im niedersächsischen Uelzen wurde auch ein Beispiel aus der jüngsten deutschen Geschichte in den Blick genommen: Die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende in Rostock-Lichtenhagen und die Übergriffe auf dieses Heim im Jahr 1992. Die dritte und letzte Sektion befasste sich mit Lagern als Erinnerungsorten. Akteure aus der Praxis stellten geplante und bereits umgesetzte Ausstellungskonzepte für das Jugendlager Sandbostel, das Grenzdurchgangslager Friedland, das Notaufnahmelager Marienfelde sowie den aktuellen Stand der Thematisierung von Migrationsgeschichte in Museen insgesamt vor.

Am Freitagabend präsentierte der Historiker Dr. Keith Allen im Gespräch mit Dr. Enrico Heitzer sein Buch „Befragung – Über-

Foto: ENM – Susanne Muhle

Auf der Tagung „Flüchtlingslager im Nachkriegsdeutschland" diskutierten u.a.: Thomas Prenzel, Arne Hoffrichter, Dr. Enrico Heitzer und Moderator Dr. Henrik Bispinck (v.l.n.r.).

prüfung – Kontrolle: Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961". Die Publikation, die anlässlich des Jubiläums auf Initiative des Fördervereins der Erinnerungsstätte entstand, beleuchtet erstmals die Befragungen von DDR-Flüchtlingen durch westliche Geheimdienste sowie durch Organisationen wie den Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen und die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. Das Buch macht deutlich, dass der Westen die Befragungen der Flüchtlinge auch dazu nutzte, um Informationen über die politische und militärische Lage in der DDR zu erhalten.

Nach einer ausgebuchten Bustour „Verschwunden und Vergessen" zu Standorten früherer Lager für DDR-Flüchtlinge in Westberlin folgte am Sonntag, dem eigentlichen Jahrestag, der Höhepunkt der Feierlichkeiten: der offizielle Festakt mit Bundespräsident Joachim Gauck. In seiner persönlich gefärbten Festansprache erinnerte Gauck an die unzähligen Menschen, die Tag für Tag aus der DDR flüchteten und nur selten Abschied von ihren Freunden und Angehörigen nehmen konnten. Er selbst habe erfahren, was es bedeutet, wenn Mitglieder der eigenen Familie die Heimat verlassen. Bis heute stehe Marienfelde für die Suche nach einem Leben in Demokratie und Freiheit, aber auch für die enorme Integrationsleistung der westdeutschen Gesellschaft. Zugleich rief der Bundespräsident auch diejenigen Menschen ins Gedächtnis, denen die Flucht nicht glückte, die an der Mauer getötet wurden oder in DDR-Gefängnissen endeten. Aber Gauck verharrte nicht im Rückblick, sondern rief dazu auf, aus der Geschichte Lehren für die Gegenwart zu ziehen: Die Zuwanderer aus der DDR seien ein Gewinn für die Bundesrepublik gewesen und vor diesem Hintergrund sollte auch auf heutige Flüchtlinge geschaut werden. Er warnte vor einer Stigmatisierung der Zuwanderer und richtete einen leidenschaftlichen Appell an das Publikum: „Begegnen wir denen, die zu uns kommen, mit Menschlichkeit und Menschenverstand."
Nach der Rede des Bundespräsidenten führte eine Schauspielergruppe unter Leitung von Regisseur Georg Piller Spielszenen zum Thema „Flucht" auf, die auf Zeitzeugenberichten, Zeitungsartikeln, Polizeiprotokollen, Dienstanweisungen und anderen historischen Dokumenten beruhen. Diese unkonventionelle Verarbeitung des Themas stieß beim Publikum auf viel Beifall.

Im Anschluss sprach der Bürgermeister und Innensenator von Berlin Frank Henkel, der selbst als 17-jähriger mit seinen Eltern über das Notaufnahmelager von Ost- nach West-Berlin gekommen war, mit drei Zeitzeugen über ihre Erfahrungen. Alle drei waren zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Gründen aus der DDR in den Westen gekommen. Wilfried Seiring floh 1957 mit der S-Bahn nach West-Berlin, weil er wegen einer Solidarisierungsaktion mit protestierenden ungarischen Studenten von der Universität geflogen war. Dr. Renate Werwigk-Schneider wurde nach zwei gescheiterten Fluchtversuchen und mehrjähriger Haft 1968 von der Bundesrepublik freigekauft. Reinhard Klaus wurde im Mai 1989 wegen seines Engagements für den Umweltschutz aus der DDR abgeschoben.

Für die musikalische Umrahmung des Festaktes sorgten die aus dem Südsudan stammende Sängerin Rose Louis-Rudek sowie ein Streichensemble der Hochschule für Musik Hanns Eisler. Joachim Gauck nahm sich nach dem Festakt noch Zeit für einen Rundgang durch die Ausstellung. Beim abschließenden Empfang in und vor den Räumen der Erinnerungsstätte gab es bei strahlendem Sonnenschein noch Zeit für persönliche Begegnungen und Gespräche. ■

Foto: ENM – Gesa Simons

Kinder aus dem Flüchtlingslager Marienfelde begrüßen Bundespräsident Joachim Gauck mit Blumen.

■ Dauerausstellung „Flucht im geteilten Deutschland"
in der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde
Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr
Der Eintritt ist frei.
Öffentliche Führungen durch die ständige Ausstellung:
Mittwoch und Sonntag jeweils um 15.00 Uhr
(Führungsentgelte € 2,50 / ermäßigt € 1,50).

Kontakt: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde,
Marienfelder Allee 66-80, 12277 Berlin, Tel. 030-7500 8400,
E-Mail: info-enm@stiftung-berliner-mauer.de
Internet: www.notaufnahmelager-berlin.de

Dr. Henrik Bispinck ist Schriftführer im Vorstand des Fördervereins Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Benjamin Bieber

Schulprojekt Anne Frank

Zeitgeschichte in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III

Bildung ist eine tragende Säule im Justizvollzug, besonders für Jugendliche. In Hessen gibt es drei Justizvollzugsanstalten für junge Menschen, nämlich in Wiesbaden, Rockenberg und Frankfurt am Main. Während in den ersten beiden Einrichtungen junge Männer inhaftiert sind, ist die JVA Frankfurt am Main III für junge (und auch erwachsene) Frauen zuständig. Zumeist haben diese mehrfach unterbrochene Schulbiographien hinter sich; einen Abschluss haben sie selten, wenn sie die Haft antreten. Aber: sie sind interessiert. Das schulische Angebot in der Jugendabteilung bietet einen Fächerkanon, der von Deutsch und Mathematik über Englisch und Kunst bis zu Geschichte und Politik reicht. Da die Haftzeiten unterschiedlich sind (sie reichen von sechs Monaten bis zu mehreren Jahren) wechselt die Klassenkonstellation häufig.

Im Januar 2013 begannen wir im Rahmen des Deutschunterrichts mit der Lektüre des „Tagebuchs der Anne Frank". Die fünf Teilnehmerinnen des Schulprojekts, denen Anne Frank und ihr Tagebuch zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt waren, interessierten sich hierfür zunehmend mehr. Die Klasse las das Buch hauptsächlich im Unterricht, zum Teil auch in ihren Haft- und

Foto: Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III

„Es war für uns ein unvergesslicher, sehr bewegender Tag", darin waren sich Buddy und Gerti Elias am 22. Februar 2013 in der JVA Frankfurt am Main III einig.

Gruppenräumen. Im Unterricht lasen wir es gemeinsam, und wir lasen es laut. Zumeist lasen die Schülerinnen abwechselnd jeweils einen Tagebucheintrag. Schülerinnen, denen das (laut) Lesen anfangs schwer fiel, ließen sich durch ihre Mitschülerinnen motivieren. Im Zuge des Deutschunterrichts diskutierten wir über das Buch, über Anne Frank, über die geschichtlichen Hintergründe und auch über das literarische Medium Tagebuch. Die meisten Schülerinnen führen selbst Tagebuch, konnten sich in dieses Medium also einfühlen.

Für alle Teilnehmerinnen war es die erste intensive Auseinandersetzung mit nationalsozialistischem Unrecht und dem Schicksal der Verfolgten. Da die Bereitschaft, sich mit dem Thema näher zu beschäftigen, seitens der Schülerinnen wuchs, stand das Tagebuch der Anne Frank auch im Rahmen des Kunstunterrichts im Mittelpunkt. Die Aufgabe bestand dort darin, sich in einer freigestellten Weise dem Tagebuch zu nähern. So wurde von einer Teilnehmerin ein Koffer von Anne Frank nachgebildet, von einer anderen wiederum ein selbst kreiertes Tagebuch mit einem eigenen, auf die Thematik bezogenen Text versehen.

Neben der literarischen und künstlerischen Beschäftigung mit dem Tagebuch wurde das Thema flankiert durch die Beschäftigung mit den historisch-politischen Gegebenheiten. Aus diesem Grund wurde im Rahmen eines Thementages eine Dokumentation über die Geschichte der Familie Frank gezeigt, in der auch der letzte noch lebende Verwandte von Anne Frank, nämlich ihr Cousin Bernhard ‚Buddy' Elias zu Wort kommt. Keine der Schülerinnen hatte bereits einmal an einem Gespräch mit Zeitzeugen teilgenommen. Das Interesse hieran war groß, weshalb wir uns seitens des Pädagogischen Dienstes der JVA bemühten, den Kontakt zu Buddy Elias herzustellen – der spontan zusagte.

Als Termin für eine Lesung wurde der 22. Februar vereinbart, was eine zeitnahe organisatorische Planung und inhaltliche Vorbereitung erforderte. Die Veranstaltung wurde für alle Gefangenen (d.h. auch erwachsene Gefangene) und Bediensteten geöffnet, wobei die Gefangenen sich per Anliegen an den Pädagogischen Dienst wenden sollten. Die Veranstaltung wurde mittels eines Plakats in allen Hafthäusern angekündigt. Die Resonanz war groß, etwa 60 Gefangene (und 20 Bedienstete) sollten schließlich an der Lesung teilnehmen; die Anstaltsleitung und das Justizministerium waren zugegen, die Frankfurter Allgemeine Zeitung war mit einer Journalistin vertreten, auch der Leiter der in Frankfurt ansässigen Jugendbegegnungsstätte Anne Frank, Dr. Meron Mendel, nahm teil.

Die Teilnehmerinnen des Schulprojekts arbeiteten nun gezielt und verstärkt an der Vorbereitung der Veranstaltung. Vor allem wurde der Raum des Schulprojekts vollständig umgestaltet, indem die Schülerinnen mittels eines Beamers wesentliche Teile von Art. 1 und Art. 3 des Grundgesetzes an die Wände des Raumes projizierten, um diese dann mit Wandfarbe sorgfältig auszumalen. Waren Menschenwürde und Menschenrechte bereits seit langem inhaltlicher Bestandteil des Unterrichts, so schlagen sich diese Themen nun auch äußerlich in der Gestaltung des Raumes nieder.

Am 22. Februar schließlich besuchten Buddy (geb. 1925) und Gerti Elias (geb. 1933) die Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III, um aus Dokumenten und Texten von Anne Frank zu lesen. Buddy Elias berichtete von Anne Frank, die wie er aus Frankfurt stammt. Er und seine Frau Gerti diskutierten mit dem Publikum, beantworteten Fragen und schilderten überaus lebendig Kapitel aus dem Leben von Anne Frank und ihrem eigenen Leben. Das Publikum dankte es ihnen mit stehenden Ovationen, sie wiederum dankten dem Publikum für das große Interesse. Eine solche Veranstaltung, so Buddy und Gerti Elias später, hätten sie noch nicht erlebt.

„Es war für uns ein unvergesslicher,
sehr bewegender Tag.
Die inhaftierten Mädchen haben Glück eine solche
humanistische Behandlung und Hilfe erhalten zu dürfen.
Wir bekamen den Eindruck, dass sicher ein Grossteil
von ihnen das realisieren wird.
Anne würde sich freuen."

Buddy und Gerti Elias, Februar 2013

Die Schülerinnen waren unmittelbar involviert in die Vorbereitungen. Sie schlugen von sich aus vor, dass sie das Ehepaar Elias mit einigen Worten begrüßen wollten. Unter dem Titel „Unser Weg zu Anne Frank" schilderten die vier Schülerinnen (eine Teilnehmerin war zwischenzeitlich entlassen worden), wie sich ihr Interesse entwickelte und welche Bedeutung der Besuch für sie selbst habe. Es ging um beidseitige Wertschätzung. Für den Auftritt der Schülerinnen wollten und sollten diese proben, es war ihnen wichtig geworden, ihr Projekt und auch sich selbst angemessen zu präsentieren und die Gäste – die in gewisser Weise auch ihre Gäste waren – würdig zu empfangen. So hatten sie für den im Anschluss an die Lesung stattfindenden Empfang im Schulraum diesen dekoriert, die Tische gedeckt und Kuchen gebacken, sie hatten ihre im Kunstunterricht gefertigten Gegenstände vorgestellt und sich in kleinerem, persönlicherem Rahmen mit Herrn und Frau Elias unterhalten.

Das Schulprojekt trägt nun den Namen „Schulprojekt Anne Frank". Buddy und Gerti Elias eröffneten dies im Beisein der stellvertretenden Leiterin der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III. Eigens zu diesem Anlass übersandte uns das Anne Frank Zentrum in Berlin eine hochwertige Fotografie, die wir entsprechend gerahmt und von der Familie Elias signiert und gewidmet an zentraler Stelle im Unterrichtsraum platzierten. Ferner übersandte uns das Anne Frank Zentrum freundlicherweise eine Bücherspende von fünf weiteren Exemplaren des Tagebuchs von Anne Frank. Die Gefangenen-Bücherei errichtete eigens zum Anlass der Lesung von Buddy und Gerti Elias einen Tisch, auf dem Literatur zum Thema Holocaust, Krieg, Verfolgung und Vertreibung angeboten wurde.

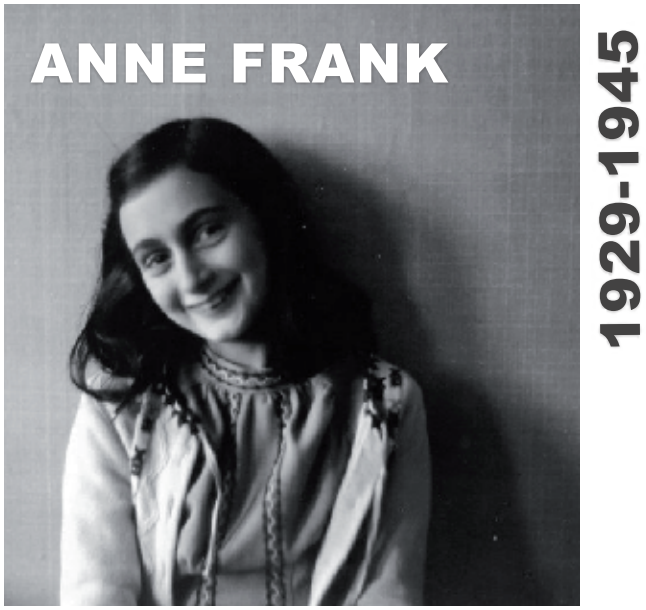
In den Nachbesprechungen mit den Schülerinnen in den folgenden Tagen wurde noch einmal deutlich, welchen Eindruck nicht nur die Veranstaltung auf sie gemacht hatte. Es wurde auch »

Foto: Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III

Feierliche Eröffnung des „Schulprojekts Anne Frank" in der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III: Stefan Schwab (Pädagogischer Dienst/JVA Frankfurt am Main III), Gerti Elias, Buddy Elias, Dr. Benjamin Bieber (Pädagogischer Dienst/JVA Frankfurt am Main III) (v.l.n.r.).

» deutlich, welchen Eindruck sie selbst auf sich gemacht hatten. Engagement, Kreativität, Präsentieren, „Lampenfieber", Erfolg, Selbstvertrauen, Teamarbeit – diese Erfahrungen, neben dem unmittelbaren Zugang zur Zeitgeschichte, sind es, die ihnen zuvor unbekannt und verschlossen waren. Werte, die geschaffen wurden und die womöglich von langer Dauer für die Teilnehmerinnen sein werden. ■

Dr. Benjamin Bieber, geb. 1973, Soziologe, arbeitet im Pädagogischen Dienst der Justizvollzugsanstalt Frankfurt am Main III. Im hessischen Justizvollzug ist er ferner mit einem Projekt („Die Würde des Menschen ist unantastbar") betraut, das sich mit Extremismus und Gewalt beschäftigt. Dr. Bieber ist Mitglied von Gegen Vergessen – für Demokratie.
Email: *benjamin.bieber@jva-frankfurt3.justiz.hessen.de*



LESUNG MIT
BUDDY UND GERTI ELIAS

Buddy Elias - der Cousin von Anne Frank - und seine Frau Gerti werden aus dem Leben von Anne Frank und ihrer Familie erzählen. Sie werden aus Briefen und Aufzeichnungen lesen und mit uns gemeinsam darüber reden. Im Anschluss werden sie das »Schulprojekt Anne Frank« (E-Haus) eröffnen.

22. FEBRUAR 2013 · 13.00 UHR
MEHRZWECKGEBÄUDE

SCHULPROJEKT **ANNE FRANK**
JUSTIZVOLLZUGSANSTALT FRANKFURT AM MAIN III

Violetta Rudolf

Die Erinnerung an die deutsche Besatzung Griechenlands: in Griechenland – und in Deutschland …

Am 10. Juni 1944 massakrierte eine SS-Division 218 Bewohner des Dorfes Distomo in Mittelgriechenland. Es handelte sich um eine so genannte „Sühnemaßnahme" der deutschen Besatzer für Partisanenangriffe in der nahen Umgebung. Die Opfer dieser Maßnahme waren Zivilisten – Frauen, Männer, Alte, Kinder und Säuglinge. Einer der wenigen Überlebenden war der fünfjährige Giorgos Basdekis. Der kleine Junge musste mit ansehen, wie deutsche Soldaten seine dreijährige Schwester, seine Mutter und seine Großmutter töteten. Er selbst bekam einen Streifschuss ab, der ihm das Leben rettete, denn die Soldaten hielten auch ihn aufgrund seiner Verletzung für tot.

Das Massaker von Distomo ist eines von zahlreichen grausamen Kriegsverbrechen, die zwischen 1941 und 1944 unter deutscher Besatzung in Griechenland verübt worden sind. Doch in Deutschland sind diese Verbrechen noch immer nur Wenigen bekannt; in deutschen Schulbüchern für das Fach Geschichte etwa, finden sie bis heute keine Erwähnung. Eine Erinnerung an diese Kriegsverbrechen findet nur vereinzelt statt.

Anlässlich des 69. Jahrestages des Massakers von Distomo lud Gegen Vergessen – für Demokratie e. V. gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung am 05. Juni 2013 zu einem Vortrags- und Gesprächsabend in die Gedenkstätte Deutscher Widerstand ein. Vor einem voll besetzten Saal hieß der Vereinsvorsitzende Wolfgang Tiefensee die eingeladenen Gäste willkommen: Prof. Dr. Hagen Fleischer, emeritierter Professor für Neuere Geschichte an der Universität Athen, und Aphrodite Basdekis, 19-jährige Schülerin an der Deutschen Schule Athen. Beide waren eingeladen, aus ihrer Perspektive über die Erinnerung an die deutsche Besatzung Griechenlands in Griechenland selbst und in Deutschland zu sprechen und über den Umgang mit der Vergangenheit in der Gegenwart nachzudenken. Prof. Dr. Hagen Fleischer erörterte in seinem Vortrag den Stellenwert deutscher Kriegsverbrechen in der griechischen Erinnerungskultur und die Auswirkungen, die diese auf das griechisch-deutsche Verhältnis heute haben; in einem Gespräch mit Prof. Dr. Friedhelm Boll, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. und Moderator der Veranstaltung, berichtete Aphrodite Basdekis über das Thema aus einer ganz persönlichen Sicht – als Enkelin von Giorgos Basdekis, dem Überlebenden des Distomo-Massakers, und als Tochter einer griechisch-deutschen Familie.

Die Vergangenheit ist nicht vergangen – das wird besonders in Zeiten der europäischen Bankenkrise deutlich, wo Positionen und Interessen aufeinanderprallen. Aus der komplexen und vielschichtigen deutsch-griechischen Geschichte werden historisch gewachsene Simplifizierungen und Stereotype an die Oberfläche getrieben. Präsent sind weniger historische Ereignisse selbst, als vielmehr Vorurteile und Stereotype, die in der Besatzungszeit und den nachfolgenden Jahrzehnten entstanden sind – und die heute von den Medien wiederbelebt und instrumentalisiert werden, um die gegenwärtige Finanzkrise zu befeuern: Da stoßen die „Pleite-Griechen" aus dem „Volk der Faulenzer und Betrüger" auf das „Volk der Richter und Henker", mit Wolfgang Schäuble als „Finanzgendarm" und Angela Merkel als Adolf Hitler, die aus Europa „Germanopa" machen wollen. „Die Stereotype drohen zu versteinern", mahnt Prof. Fleischer, – sie selbst und mit ihnen der deutsch-griechische Dialog und die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur.

Stereotype werden genährt durch Unwissenheit und mangelnde Kommunikation; in diesem speziellen Fall durch eine mangelnde Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen, die die Deutschen während der Besatzung Griechenlands am griechischen Volk begangen haben. Kein Deutscher wurde von einem deutschen Gericht wegen an Griechen begangener Kriegsverbrechen verurteilt. Die Massaker mit den vielen tausend Toten haben in der deutschen Erinnerungskultur noch keinen festen Platz gefunden. »

Prof. Dr. Hagen Fleischer und der Moderator der Veranstaltung, Prof. Dr. Friedhelm Boll.

Foto: Dennis Riffel

» Nicht aufgearbeitet oder gar beantwortet ist auch die komplizierte und kontrovers diskutierte Frage nach griechischen Ansprüchen auf deutsche Reparationszahlungen und gar eine Wiedergutmachung für betroffene Familien. Einmalig erhielt Griechenland 1960 eine Summe von 115 Millionen DM. Allerdings war mit dieser Zahlung die griechische Gegenleistung verbunden, die Strafverfolgung der Täter Deutschland zu übertragen. Wie der Fall um Max Mertens, dem ehemaligen Leiter der Militärverwaltung beim Befehlshaber Saloniki-Ägäis, beispielhaft zeigt, veranlasste die Bundesrepublik keine Strafen – im Gegenteil, der zuvor in Griechenland zu 25 Jahren Haft verurteilte Max Mertens wurde in Deutschland nach elf Tagen Untersuchungshaft entlassen, das Ermittlungsverfahren nach sieben Jahren eingestellt. Besonders vor diesem Hintergrund unaufgearbeiteter Vergangenheit wirkten Bezeichnungen für Griechenland und die Griechen, die in den deutschen Medien kursieren, wie rassistisch anmutende Arroganz und weckten zwangsläufig traumatische Erinnerungen an die Jahre 1941–44, so Prof. Fleischer.

Obwohl der griechische Widerstand zu den stärksten Bewegungen im besetzten Europa zählte, unterscheide sich die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen fundamental von anderen Ländern. Der Grund hierfür liege in dem Bürgerkrieg, der phasenweise bereits während der Besatzung ausgebrochen war, ab 1946 drei Jahre lang das ganze Land erfasste und mit der militärischen Niederlage sowie der politischen Ausgrenzung der Linken endete. Griechenland sei das einzige Land, so hebt Prof. Fleischer hervor, das bis heute seine Verwicklung in den Weltkrieg feiere, aber nicht dessen Ende. Zudem überlagerte der Bürgerkrieg die Gewalterfahrungen der Besatzungszeit und verzögerte eine erinnerungskulturelle Aufarbeitung der deutschen Kriegsverbrechen. Dennoch, Stereotype wie die oben genannten, zeigen, dass Erinnerungen präsent sind – und zwar im kollektiven Gedächtnis:

Von einer intensiven Auseinandersetzung mit ihrer Familiengeschichte berichtet Aphrodite Basdekis: „Richtig begreift man Geschichte erst, wenn man versteht, was die Vergangenheit mit einem selbst zu tun hat." Die Schülerin ist in Rosenheim aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ihr Vater hat trotz der traumatischen Erfahrungen seines Vaters eine Deutsche geheiratet. In Deutschland lernt die griechisch-deutsche Schülerin im Unterricht viel über den Zweiten Weltkrieg, aber nichts über die Besatzungszeit in Griechenland. Eine Möglichkeit, ihre Familiengeschichte im Unterricht zu thematisieren, wurde ihr nicht gegeben. Das Schicksal ihres Großvaters erfuhr Aphrodite, als sie noch ein Kind war. Gemeinsam mit ihrer Familie hat sie an der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer des Massakers in Distomo teilgenommen. Die Mimik in den Gesichtern ihres Großvaters und ihres Vaters während dieser Gedenkstunden sind ihr in Erinnerung geblieben.

An der deutschen Schule in Athen lernt Aphrodite die Hintergründe ihrer familiären Vergangenheit. Die Zusammenhänge und die gesellschaftliche Bedeutung wurden der Schülerin besonders bei einem Begegnungsprojekt mit einer Schulklasse des Lyzeums

Foto: Dennis Riffel

Berichtete über ihre deutsch-griechische Familiengeschichte: Aphrodite Basdekis.

Distomo anlässlich des Jahrestages des Massakers bewusst. Griechische, deutsche, griechisch-deutsche und deutsch-griechische Schüler und Schülerinnen haben sich in Distomo zum Gespräch getroffen, sie hatten die Möglichkeit, sich kennenzulernen und auszutauschen. Auch in diesen Diskussionen kamen Vorurteile zum Vorschein, beispielsweise wieder, dass die Deutschen Europa erobern wollen. Aphrodite betont, der offene, ehrliche Dialog habe geholfen, Stereotype zu entdecken und zu dekonstruieren. Und er schaffte eine Orientierung der Schülerinnen und Schüler, die aus der Vergangenheit resultiert und ihre Zukunft mit formt. Freundschaften seien entstanden und viel mehr solcher Projekte solle es geben, so Aphrodite Basdekis, der Dialog, das offene Gespräch müsse gefördert werden. Sie selbst plane Geschichte und Politik zu studieren, um mehr über die Vergangenheit und die Gegenwart zu lernen, Zusammenhänge besser zu verstehen und sich besser engagieren zu können. Sie möchte ihrem Großvater etwas zurückgeben, das sei ihre Motivation.

Dass die Veranstalter mit dem Gesprächsabend einen Nerv getroffen haben, zeigte sich auch an der intensiven Diskussion im Anschluss, in der über Wiedergutmachung, Reparationszahlungen, vor allem aber über die Anerkennung der Opfer gesprochen wurde und darüber, wie man die deutsche Okkupation und das schwierige deutsch-griechische Verhältnis aufarbeiten und in einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur verankern könne. „Es muss eine Erinnerungslobby geben – im positiven Sinne", zieht Prof. Fleischer sein Fazit. Und aus dem Erinnern solle aktives Gestalten werden, darin waren sich die Anwesenden einig – aktives Gestalten einer gemeinsamen Zukunft in einem gemeinsamen Europa. ■

Violetta Rudolf ist Studentin im Masterstudiengang Public History an der Freien Universität Berlin und wissenschaftliche Hilfskraft am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Machen Sie mit! Gegen Vergessen – Für Demokratie bei Facebook

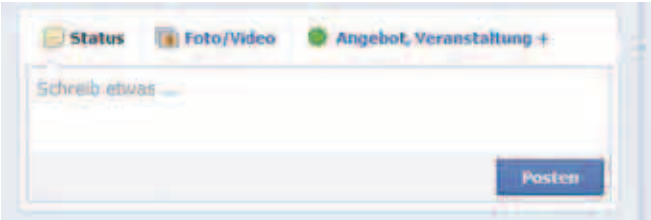
Seit Juli 2010 ist Gegen Vergessen – Für Demokratie mit einem Facebook-Auftritt im Social-Media-Bereich aktiv. Durch das regelmäßige Einstellen von Veranstaltungshinweisen, Presseberichten oder sonstigen Neuigkeiten aus den vielfältigen Tätigkeitsfeldern des Vereins konnten bislang mehr als 1.100 Interessierte gewonnen werden. Sie werden auf diese Weise regelmäßig über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden gehalten und stellen selbst Hinweise oder Kommentare auf die Seite.

Der Facebook-Auftritt von Gegen Vergessen – Für Demokratie ist so zu einer lebendigen virtuellen Plattform für Mitglieder, „Freunde" und Interessierte des Vereins geworden, möchte jedoch auch Menschen ansprechen, die bislang nicht oder nur wenig von den Tätigkeiten des Vereins gehört haben.

Regionale Hinweise auf die Facebook-Seite von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. stellen

Die regionalen Arbeitsgruppen organisieren mehr als 200 Veranstaltungen im Jahr und sind das Pfund, welches die Vielfalt der Initiativen von und mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. am deutlichsten abbildet. Ihr Engagement möchten wir – auch mithilfe von Facebook – in Zukunft noch sichtbarer machen. Deshalb hier der Aufruf mitzuhelfen:

Sofern Sie selbst über einen Facebook-Account verfügen, können Sie auf der Facebook-Seite des Vereins mithilfe der Funktion „posten" in Ihrem Namen auf interessante Veranstaltungen, Vorträge oder auch Online-Artikel direkt selbst verweisen.



In dieses Feld können Sie die URL – zum Beispiel des Internetauftritts, auf den Sie verweisen möchten – hineinkopieren und eine kurze (1-2 Sätze) Beschreibung hinzufügen. Ihre Veranstaltung wird anschließend in der Rubrik „Aktuelle Beiträge anderer Nutzer" erscheinen.

Die Geschäftsstelle freut sich auf Ihre Hinweise und steht für Rückfragen gerne zur Verfügung. ■

Einblicke in die Praxis: Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

„Guten Tag, eigentlich hat sich unser 17-jähriger Sohn bisher ganz normal und unauffällig entwickelt. Außer ‚normalen' pubertären Konflikten, die zwar anstrengend sind, aber von denen ich auch aus dem Bekannten- und Freundeskreis immer wieder höre. Das scheint wohl nicht vermeidbar. Aber seit einigen Monaten hat er sich so verändert, dass wir total ratlos davor stehen. Er wird uns fremd und mittlerweile macht seine Veränderung mir Angst. Er kapselt sich völlig vom Rest der Familie ab, vermeidet Gespräche mit uns, zieht sich völlig zurück. Ich habe die starke Vermutung, dass er irgendwie mit der Naziszene zu tun hat."

Dies ist der Anfang einer typischen E-Mail an die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus.

Über 1000 Anfragen haben die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus von Gegen Vergessen – Für Demokratie seit ihrem Start im Jahr 2008 erreicht.

Die Mails lassen sich in sachbezogene Informationsanfragen (z.B. zu rechtsextremen Symbolen oder indizierter Musik) sowie in psychosoziale Anfragen unterteilen. Es sind vorwiegend mittelbar Betroffene (z.B. Angehörige, Freunde, Kollegen, Lehrkräfte, Nachbarn), die sich ratsuchend an die Online-Beratung wenden. Häufig sind sie durch die Situation stark verunsichert und suchen Rückhalt und Orientierung für ihr Handeln. Bei der Online-Beratung finden sie ein offenes Ohr, fachlichen Rat und eine psychosoziale Begleitung, die wesentlich auf dem Ansatz der systemisch-lösungsorientierten Kurzzeittherapie fußt.

Viele Beratungsprozesse gehen über ein bis fünf Beratungskontakte, manche Prozesse aber sind länger und dauern bis zu zwei Jahre.

Im Juni 2013 hat die Online-Beratung eine illustrierte Broschüre herausgegeben, die einen ausführlichen Einblick in die praktische Arbeit der Beratenden bietet: Ausgehend von der fiktiven Anfrage einer ratsuchenden Mutter wird der systemisch-lösungsorientierte Ansatz und die Herangehensweise der Beratenden beschrieben und veranschaulicht. Am Ende wird auch auf die Rezeption der Beratung durch die Klienten eingegangen. Man erhält dadurch einen guten Einblick in die praktische Arbeit im Kontext dieses Schwerpunktprojektes.

Den Beratenden geht es in einem ersten Schritt darum, eine wertschätzende und vertrauensvolle Beziehung zu den Klientinnen und Klienten aufzubauen. Es soll eine hilfreiche Beziehung entstehen, die in einer verunsichernden Situation Wertschätzung und Verständnis entgegenbringen kann, aber auch entlastenden Rückhalt und Orientierung bietet.

Die ***systemisch-lösungsorientierte Beratung*** geht davon aus, dass die Klientinnen und Klienten selbst über alle Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um ein Problem zu lösen oder mindestens erträglicher zu gestalten. Insbesondere die Verbesserung der persönlichen Beziehungen und zwischenmenschlichen Kommunikation im jeweiligen Geflecht steht dann im Zentrum jedes individuellen Beratungsprozesses. Es ist wichtig, neben dem Hauptproblem Rechtsextremismus auch weitere angesprochene Themen zu berücksichtigen, die für die Ratsuchenden von

Karikatur für die Online Beratung gegen Rechtsextremismus – Die virtuelle Beratungsstelle für Menschen, die mit Rechtsextremismus konfrontiert werden.

Copyright: Kirsten Thiemann

Bedeutung sind. Zum Beispiel die Wohnsituation, Gesundheit oder auch andere Konfliktlinien in der Familiengeschichte. Auch hier können vorhandene Ressourcen (z.B. Wissen, Erfahrung, hilfreiche Kontakte) genutzt werden, um Verbesserungen der Rahmensituation zu ermöglichen.

Mit der ***Stärkung des Selbstvertrauens und einer verbesserten Beziehungsqualität*** sollen die Ratsuchenden in ihrer Zuversicht gestärkt werden, künftige Herausforderungen selbstständig zu meistern. Letztlich können jedoch auch die Beratenden nur Angebote machen. Ob und wie diese aufgenommen werden und welche Wirkungen sie im sozialen System entfalten, ist nie genau vorhersehbar. Gerade in eher geschlossenen und starren Familiensystemen ist es schwer, über eine einzige Person Veränderungen zu induzieren. Doch mit viel Geduld kann es auch hier gelingen, dass wiederholte kleine Verhaltensänderungen auf einer Seite das Verhalten anderer beeinflussen und sich das gesamte Zusammenspiel am Ende verbessert.

Im Jahr 2010 wurde die Online-Beratung durch das Institut für Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) wissenschaftlich begleitet. Dabei wurden Klienten anonym befragt und verschiedene Beratungsprozesse qualitativ ausgewertet.

Es zeigte sich, dass es in den meisten Fällen gelingt, über den Weg des Schreibens eine vertrauensvolle Beziehung herzustellen: Fast 90 Prozent der Befragten geben an, dass sie sich vom Berater verstanden fühlen und ihm vertrauen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, damit Veränderungen möglich werden. ■

RAG Baden-Württemberg, Sektion Südbaden

Wolfgang Dästner

Ingeborg Hecht – Der Lebensweg der Freiburger Autorin aus Hamburg

Vor genau zwei Jahren, am 6. Mai 2011, verstarb unser Ehrenmitglied Ingeborg Hecht. Dies war der Anlass, um noch einmal auf die Lebensleistung dieser Frau zurückzuschauen. Dieser Aufgabe widmeten sich Eberhard Busch und seine Frau Jasmin Islam, beide von „Auerbachs Kellertheater" in Staufen, einem der wenigen, unsubventionierten privaten Theater der südwestdeutschen Region.

Diese Veranstaltung, initiiert von der Katholischen Akademie Freiburg und vom Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wurde von der Studienleiterin der Akademie, Monika Rappenecker, sachkundig eingeleitet. In der nachfolgenden Stunde trugen die beiden Schauspieler aus Staufen eine lebendige und vielseitige Textkollage vor, die sie aus den verschiedensten Texten von Ingeborg Hecht zusammengestellt hatten. So konnten sie den Lebensweg der Schriftstellerin anschaulich nachzeichnen.

Ingeborg Hecht im Jahr 2008.

Dabei wurde sehr deutlich, dass die jüngere Generation Ingeborg Hecht im Wesentlichen nur als Zeitzeugin erlebt hatte, von der ein entscheidendes Buch vorlag: „Als unsichtbare Mauern wuchsen. Eine deutsche Familie unter den Nürnberger Rassengesetzen." Mit einem Vorwort von Ralf Giordano. Diese Veröffentlichung aus dem Jahre 1984 war dann auch der Beginn ihrer Tätigkeit als Zeitzeugin. So lernten wir sie kennen, nämlich als eine zurückhaltende, aber inhaltlich entschiedene Zeitzeugin, die ihre Botschaft gegen Rassismus und für die Menschenrechte in überzeugender Weise ihren Zuhörern vermitteln konnte. Uns Lehrern, die wir sie immer wieder gern in unsere Schulen baten, war sie eine großartige Helferin, denn sie verstand es, auf authentische Weise das Unrecht und die Verbrechen der Menschen in der Hitlerzeit zu verurteilen, zugleich aber zu Versöhnung und demokratischem Engagement aufzurufen. Es war immer wieder verblüffend, wie aufmerksam Schüler, seien es Gymnasiasten, Hauptschüler oder Berufsschüler, ihren Ausführungen lauschten und dann mutige Fragen stellten. Und dieses Gespräch mit den Schülern suchte sie liebend gern, und sie ermutigte sie immer wieder, das Erinnern an die Schreckenszeit nicht zu versäumen, denn es bedeute „Heilsamkeit". Daher war sie auch bedacht, dass die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gefördert wurde und sie warb unermüdlich um Mitglieder, von denen sie dann erhoffte, dass sie als Multiplikatoren in Schulen, Vereinen und Kommunen tätig sein würden. Hier in Freiburg ist ihr das auch gut gelungen, sind doch Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon und Bürgermeister Ulrich von Kirchbach Mitglieder.
Der Lebensweg der 1921 in Hamburg Geborenen, der als Tochter einer jüdisch-deutschen Ehe als „Mischling 1. Grades" bzw. „Halbjüdin" – so die NS-Titulatur – eine Ausbildung als Journalistin verwehrt wurde, führte sie nach der Ausbombung in Hamburg 1943 nach Staufen und später nach Freiburg. Mit dem Schreiben von Ortschroniken, dem Berichten und Erzählen von Historien und allerlei Kuriosem hat Ingeborg Hecht 1947 begonnen. Spät erfüllte sie sich damit ihren Berufswunsch. „Ich trage keinen großen Namen, ich bin nur ein einfacher Mensch. Ich habe nichts gelernt und nichts geschaffen. Ich habe nur gelebt, gelitten und dann – dann habe ich so viel Freundschaft und Zuneigung erfahren. Ich bin glücklich geworden, unter den Nachgeborenen, derer, die meinen Vater umgebracht haben. – Warum liebt man mich jetzt? Ich bin so glücklich! – Warum?" So hat die „Halbjüdin" Ingeborg Hecht in der letzten Zeit vor ihrem Tode gefragt.

Und diese Frage ließ sich dann aus der Textkollage klar beantworten. Die mehr als zwei Dutzend Veröffentlichungen zur Regionalgeschichte waren für sie Broterwerb bis in die 90er Jahre. Und die meisten dieser Werke waren für eine lokal begrenzte Leserschaft geschrieben. Ihre eigentliche Bedeutung gewann sie dann spätestens ab 1984 mit ihren beiden autobiografischen Büchern, den schon erwähnten „...unsichtbaren Mauern" – dieses Buch liegt auch in englischen und französischen Übersetzungen vor – und dem Nachfolgeband „Von der Heilsamkeit des Erinnerns".

Dass diese Publikationen auch Grundlage für Dramatisierungen mit vielen gefeierten Aufführungen wurden, konnten die beiden Schauspieler dann besonders hervorheben, waren sie es doch gewesen, die daran wesentlichen Anteil genommen hatten. Und so weitete sich die Textkollage letztlich sogar zu einer lebhaft und sprachlich vorzüglich vorgetragenen Rezitation dramatischer Texte mit einer kurzen Gesangseinlage aus.

Das Publikum, unter ihnen etliche persönliche Freunde aus dem großen Freundeskreis von Ingeborg Hecht, dankte es den Künstlern mit herzlichem Beifall. ■

Wolfgang Dästner ist Koordinator der Sektion Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Rhein-Ruhr West

Maren Westermann

Der Bundespräsident in Sant`Anna di Stazzema

Am 24. März 2013 reiste Bundespräsident Joachim Gauck als erstes deutsches Staatsoberhaupt gemeinsam mit dem italienischen Staatspräsidenten Giorgio Napolitano nach Sant`Anna di Stazzema.

Dieser kurzfristig anberaumte Termin war auf ausdrücklichen Wunsch des Bundespräsidenten zustande gekommen, der gern mit seinem italienischen Amtskollegen nach Sant`Anna reisen wollte. Dieser hatte ihm bei seinem Staatsbesuch in Berlin Ende Februar einen persönlichen Brief des Präsidenten des Opferverbandes, Enrico Pieri, überbracht, der als Zehnjähriger seine ganze Familie in Sant`Anna di Stazzema verloren hatte.

Bei dem SS-Massaker in Sant`Anna di Stazzema in der Toskana hatten am 12. August 1944 über 560 Menschen den Tod gefunden, Frauen, Kinder und Alte, darunter 120 Kinder unter 16 Jahren. Das jüngste Opfer war 20 Tage alt.

Sant`Anna war jahrzehntelang vergessen, das Massaker wurde erst 2004 durch einen Prozess vor dem Militärgericht von La Spezia juristisch aufgearbeitet, bei dem zehn noch lebende Täter in Abwesenheit zur Höchststrafe verurteilt wurden. Zu einem Prozess in Deutschland ist es zur großen Enttäuschung der Überlebenden bisher nicht gekommen. Am 1. Oktober 2012 beschloss die Staatsanwaltschaft Stuttgart, die Ermittlungen einzustellen und kein Verfahren zu eröffnen.
Dagegen hat inzwischen der Opferverband Beschwerde eingelegt. Der renommierte Kölner Historiker und Gutachter Carlo Gentile bemängelt die unvollständige Beurteilung der Fakten, die wichtige Zeugenaussagen und Dokumente nicht berücksichtigt hat. Eine Entscheidung darüber steht noch aus.

Mit zur Delegation des Bundespräsidenten gehörten u.a. auch der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Harald Braun, der italienische Botschafter Elio Menzione sowie als Gäste der stellvertretende Leiter der deutsch-italienischen Parlamentariergruppe, MdB Manfred Kolbe, und das Ehepaar Maren und Horst

Fotos: Bundesregierung/Denzel

Bundespräsident Gauck und der italienische Staatspräsident Napolitano vor dem Mahnmal, das an das Massaker vom 12. August 1944 erinnert.

Westermann, das 2002 die Initiative „Eine Orgel für Sant`Anna" gegründet hatte, die unter der Schirmherrschaft der deutschen und italienischen Staatspräsidenten stand.

Mit insgesamt 67 Benefizkonzerten hatten sie Spenden für den Neubau einer Orgel für die Kirche von Sant`Anna gesammelt. Sie wurde 2007 unter dem Namen „Friedensorgel" als Symbol für Frieden und Versöhnung eingeweiht.

Nach einer Begrüßung durch Staatspräsident Napolitano am Flughafen Pisa fuhr der Konvoi in das 600m hoch gelegene Dorf Sant`Anna, wo die beiden Präsidenten zunächst am Mahnmal in einer Zeremonie gemeinsam einen Kranz niederlegten und eine zweisprachige Gedenktafel enthüllten. Danach fand in Anwesenheit von Überlebenden und Angehörigen der Opfer eine Gedenkfeier in dem kleinen Museum von Sant`Anna statt.

Nach einer kurzen Ansprache des Bürgermeisters von Stazzema hielt Enrico Pieri eine bewegende Rede, in der er nicht wie in seinem eigentlich vorbereiteten Text von Vergangenheit und Erinnerung sprach, sondern stattdessen einen flammenden Appell für die Zukunft und den Frieden in Europa hielt. Die Rede des Bundespräsidenten nahm Bezug auf die Benennung von Schuld und Vergebung, jenseits von juristischer Aufarbeitung.

Versöhnung sei ein kostbares Gut, das nur gewährt aber nie verlangt werden könne. Die Opfer hätten ein Recht auf Erinnerung und Gerechtigkeit, auch wenn die Instrumente des Rechtsstaates eine Bestrafung der Täter nicht zuließen. Schuld existiere nicht nur als strafrechtliche sondern auch als moralische und politische Schuld, die durch Benennen von Tatsachen, Verbrechen und Namen im öffentlichen Raum aufgearbeitet werden könne. Schließlich würdigte der Bundespräsident abweichend von seinem gedruckten Text ausdrücklich Enrico Pieris in die Zukunft gerichteten Appell.

Nach der Ansprache des sichtlich bewegten Giorgio Napolitano besuchten die beiden Staatspräsidenten am Ende der Gedenkfeier die Kirche, in der ein Teil der Einwohner, die nicht im Museum Platz gefunden hatten, auf einer Videoleinwand die Gedenkfeier hatte verfolgen können. Es wurde auf der „Friedensorgel" ein Stück von J.S. Bach gespielt, und Bundespräsident Gauck zünde-

Zusammen mit dem Ehepaar Westermann entzündet der Bundespräsident eine Gedenkkerze in der Kirche. Im Hintergrund ist die Friedensorgel zu sehen.

Joachim Gauck bei der Gedenkfeier im Museum von Sant´Anna di Stazzema.

te spontan gemeinsam mit dem Ehepaar Westermann eine Gedenkkerze an. Auf dem Rückflug nach Berlin nahm sich Bundespräsident Joachim Gauck noch die Zeit zu einem persönlichen Gespräch mit Maren und Horst Westermann. Für sie schloss sich so auf schöne Weise ein Kreis, der 2002 mit der Übernahme der Schirmherrschaft für die Orgelinitiative durch den damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau begonnen hatte.

Seit 2008 veranstaltet der deutsch-italienische Verein „Freunde der Friedensorgel" Sant`Anna di Stazzema jeden Sommer in Sant`Anna eine hochkarätige Orgelkonzertreihe und Vorträge zur deutsch-italienischen Geschichte, um auf diese Weise durch die Universalsprache der Musik die Erinnerung und Aussöhnung lebendig zu erhalten.

Die **Konzertsaison 2013** ist ausdrücklich dem europäischen Gedanken gewidmet, es werden Musiker aus sieben europäischen Ländern teilnehmen. Folgende Konzerte wird es geben:

7. Juli	Jorge García Martín (Salamanca),
14. Juli	Rudolf Kelber (Hamburg), mit Joachim Kelber (Wien), Viola,
21. Juli	Roland Maria Stangier (Essen),
28. Juli	Magdalena Malec (Warschau),
4. August	Marju Riisikamp (Tallinn),
11. August	Elisabeth Zawadke (Luzern),
18. August	Christian Schmitt (Saarbrücken), mit Tatjana Ruhland (Stuttgart), Flöte, Max Westermann (München), Trompete,
25. August	Giovannimaria Perrucci (Fano),
1. September	Giorgio Parolini (Mailand)

Die beiden Überlebenden Enrico Pieri und Enio Mancini, die 2010 für ihre Versöhnungsarbeit mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnet worden waren, sind seit 2008 im Vorstand des Vereins aktiv. Die Redetexte der beiden Präsidenten finden sich auf der Website der deutsch-italienischen Gesellschaft „Freunde der Friedensorgel Sant`Anna di Stazzema". ■

http://friedensorgelsantanna.italienfreunde.de

Maren Westermann gründete 2002 gemeinsam mit ihrem Ehemann die Initiative „Eine Orgel für Sant`Anna" und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

Stefan Querl

Trotz klaren Blicks beklemmend

Multiperspektivität in Mittelbau-Dora: Sven Löhr brachte Neumitgliedern von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ bei einem Exkursionstag eindrucksvoll die KZ-Geschichte nahe.

Wie würdigen verschiedene Gedenkstätten die Opfer von Gewalt, Zwangsarbeit und Massenmord? Weshalb vereinnahmte auf dem Gebiet der so genannten „Ostzone“ die DDR-Geschichtsschreibung vor 1989 diese Orte? Können seit der Wiedervereinigung und dem Wandel in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur Zeitzeugen der Shoa zu „Zukunftszeugen“ werden, wie es etwa der Sozialpsychologe Harald Welzer öffentlich anregt?

Foto: Stefan Querl

Einen ganzen Tag nahm sich die junge Geschichtsakademie Zeit für den Gedenkstättenbesuch in Thüringen.

Intensiv widmeten sich 30 Neumitglieder von „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ diesen Fragen in einer eigenen Geschichtsakademie für junge Erwachsene. Zum dritten Mal führte Horst Wiechers als Sprecher der Regionalarbeitsgruppe Münsterland den Workshop für Westfalen mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle und des Geschichtsortes Villa ten Hompel der Stadt Münster durch. Künftig soll das Angebot weiteren Interessierten offen stehen.

Vier Tage lang nahm sich die Workshop-Gruppe im Tagungshaus nahe Göttingen Zeit für verschiedene Analysen zur Zeitgeschichte, aber auch für eigene Exkursionen. Besonders intensiv diesmal in Mittelbau-Dora. Eindrucksvoll und ausgesprochen anschaulich machte Sven Löhr aus dem Team der KZ-Gedenkstätte im thüringischen Nordhausen deutlich, wie seitens der Stiftung, die Mittelbau-Dora wie auch Buchenwald trägt, frische Forschungsergebnisse in die Ausstellungsbereiche und auch in neue Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene einfließen. Ziel dabei: Ein klarer, vorbehaltloser Blick auf die Binnenstruktur des brutalen Lagersystems, aber auch auf Selbstbehauptung, Identität und den Lebensmut vieler, die der NS-Staat zu „Untermenschen“ erklärt hatte. Multiperspektivität sei ein zentrales Gebot der Gedenkstättenpädagogik, unterstrich der angehende Geschichts- und Englischlehrer, der neben seinem Studium an der Universität Jena Führungen in Mittelbau-Dora anbietet. Brita Heinrichs aus der pädagogischen Abteilung hatte den Kontakt vermittelt.

Beklemmung bei Löhrs Zuhörerinnen und Zuhörern löste die Begehung des ursprünglich von Zivilarbeitern errichteten Stollensystems aus, das im NS-Staat unter dem Druck von Produktion und kriegsbedingter Verlegung der Waffentechnik erweitert worden war. Unter erbärmlichen Umständen hausten, schufteten und starben Häftlinge in dem Tunnelkomplex. Ein Teil des Berges ist heute im Besitz eines Betriebs. Andere Areale und Relikte zur Lagergeschichte im Außenbereich gewann die Gedenkstätte in den vergangenen Jahren hinzu und bietet seither innovative Gestaltungsformen an. Auch die früher westdeutsche, nämlich niedersächsische Gedenkstätte Bergen-Belsen mit ihrem 2007 eröffneten Neubau und multimedial ausgestatteter Ausstellung stieß auf großes Interesse der Neumitglieder. ■

Jeglichem Kult um Hitlers vermeintliche „Wunderwaffe“ möchte die Gedenkstätte Mittelbau-Dora heute offensiv begegnen und klärt entsprechend auf: Sven Löhr führte die Gäste aus dem Münsterland durch das Tunnelsystem.

Foto: Stefan Querl

Stefan Querl ist stellvertretender Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel der Stadt Münster und Mitglied der RAG Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

Stefan Querl

Wo drohen „Fettnäpfchen“ im Zeitzeugengespräch?

Workshop der RAG Westfalen bei internationaler Konferenz am Gedenkort Auschwitz auf Einladung des Maximilian-Kolbe-Werkes Freiburg. KZ-Überlebende kamen intensiv zu Wort.

Bewusste Zeichen für die Würdigung von Zeitzeugen setzte Stefan Querl aus dem Team des Geschichtsortes Villa ten Hompel der Stadt Münster jetzt im polnischen Oświęcim. Am KZ-Gedenkort Auschwitz trat der 38-Jährige auf Einladung des Maximilian-Kolbe-Werkes mit einem eigenen Geschichtsworkshop auf. Die katholische Institution betreut seit 40 Jahren von Freiburg im Breisgau aus Überlebende aus Konzentrationslagern, Gefängnissen und aus Ghettos – 2007 hatte die Bundesvereinigung dem Werk dafür den Preis „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ verliehen. Im Herbst soll das 40-jährige Bestehen mit einer Jubiläumsveranstaltung offiziell begangen werden.

In der jüngsten internationalen Begegnung von Historikern, Lehrkräften und Fachleuten aus Polen, Ungarn, Belarus, Russland, aus der Ukraine und Deutschland berichtete Querl gezielt von Erfahrungen mit Zeitzeugen-Besuchsreisen, Versöhnungsansätzen und konkreten Seminarangeboten. „Es steht und fällt mit guter Vorbereitung“, appellierte er an die Multiplikatoren aus den west-, mittel- und osteuropäischen Nationen. „Obschon wir alle die anstreben, bleiben diese Projekte stets sensibel und störanfällig.“ Es gebe schließlich arge „Erinnerungskonkurrenzen“ in Europa, und dieses nicht allein im Blick auf NS-Verbrechen, Besatzungsherrschaft und das Unrecht während des Kalten Kriegs und des Kommunismus.

Der stellvertretende Leiter der Villa ten Hompel, der Mitglied der Münsterländischen Arbeitsgruppe von Regionalsprecher

Begegnung in Birkenau am Gedenkort Auschwitz: Gäste aus West-, Mittel- und Osteuropa hatte das Maximilian-Kolbe-Werk eingeladen, so auch den 38- jährigen Stefan Querl aus dem Team der Villa ten Hompel. In einem Workshop analysierte er kritisch „Zeitzeugen in den Schulen“.

Foto: Zsuzsanna Tölli Tamésné Bálizs

Foto: Stefan Querl

Die Auschwitz-Überlebenden Zdzisława Włodarczyk (rechts) und Jacek Zieliniewicz, zudem die jüdische Zeitzeugin Henriette Kretz (links), die das Kolbe-Werk als Ehrengäste eingeladen hatte.

Horst Wiechers ist, wies präventiv auf häufige Stolperfallen, „Fettnäpfchen“, Konflikte und Problemlagen in generationsübergreifenden Gesprächen mit Gruppen hin. Er plädierte für einen positiv-kritischen Umgang mit Aussagen von Zeitzeugen, vor allem für Zuhören als die wirklich wichtigste Technologie von Geschichtswissenschaft, Recherche und Erinnerungskultur. „Da müssen wir für die jungen Menschen Vorbilder sein, gerade in Schulen, Gedenkstätten oder an anderen Lernorten.“

Als Ehrengäste kamen frühere NS-Verfolgte bei der Konferenz intensiv zu Wort: So die Tochter eines polnischen Widerstandskämpfers, Zdzisława Włodarczyk, und die jüdische Zeitzeugin Henriette Kretz aus Antwerpen in Belgien sowie der 87-jährige Jacek Zieliniewicz, der von Folterqualen in Auschwitz und im KZ Natzweiler-Struthof berichtete. „In schlimmsten Zeiten wog ich »

Foto: Stefan Querl

Eindrucksvoller Gang über das Gelände von Auschwitz I: Dichtes Schneetreiben begleitete die Begegnung, die jungen Multiplikatoren die Erinnerungskultur und das Gedenken vor Ort nahe brachte.

» noch 38 Kilogramm", schilderte Zieliniewicz, der sich in einer Selbsthilfegruppe ehemaliger Häftlinge engagiert. Einige der hoch betagten Gäste ließen es sich nicht nehmen, mit der Seminargruppe das Gelände der Gedenkstätte Auschwitz sowie die Rampe in Birkenau zu besuchen und vor Ort zu sprechen. „Das sind Momente, die im Gedächtnis haften bleiben", waren sich alle Anwesenden einig.

Große Resonanz erhielten auch zwei Berliner Beiträge zur Tagung, so von Elke Gryglewski aus der Bildungsabteilung der Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz" und von Bernd Körte-Braun aus dem Center für Digitale Systeme an der Freien Universität Berlin, der das Angebot „Zeugen der Shoah" vorstellte. Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen steuerten Sebastian Potschka vom Maximilian-Kolbe-Gymnasium in Köln sowie Veronika Hüning aus dem Mentorat für Lehramtsstudierende der Katholischen Religionslehre in Münster bei. Die Tagungsleitung lag souverän in den Händen von Wolfgang Gerstner, Geschäftsführer des Maximilian-Kolbe-Werkes, und von Dr. Danuta T. Konieczny, Mittel-Osteuropa-Fachreferentin in der Institution. ■

RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Nadine Dürr

Bundespräsident nimmt sich 90 Minuten Zeit

KZ-Überlebender Mordechai Ciechanower besucht Joachim Gauck

Makow, Rozan, Mlawa, Auschwitz, Stutthof, Hailfingen, Dautmergen, Bergen-Belsen und Feldafing – Aufnahmen für ein Filmprojekt führten Mordechai Ciechanower in den vergangenen zwölf Tagen zurück in die Vergangenheit: zu den Stationen seines Leidens während der Shoah. Mit einem Besuch bei Bundespräsident Joachim Gauck endete die Reise des ehemaligen Hailfinger KZ-Häftlings am Samstag im Schloss Bellevue.

„60 Minuten waren für das Gespräch mit dem Bundespräsidenten eigentlich vorgesehen, wir sind aber 90 Minuten dort gewesen – ein guter Gradmesser für die Geneigtheit des Präsidenten", berichtet Harald Roth, Mitinitiator der KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen und Ciechanowers Begleiter auf der Reise. Die guten Beziehungen zur Gedenkstätte hätten den Präsidenten-Besuch wohl erst ermöglicht, vermutet Roth. Einmal war Gauck in seiner damaligen Rolle als Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bereits in Tübingen und Rottenburg zu Besuch gewesen und unterhalte seither gute

Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler

Der KZ-Überlebende Mordechai Ciechanower zu Gast bei Bundespräsident Joachim Gauck im Schloss Bellevue.

Kontakte zur Gedenkstätte. Roth: „Herr Gauck hatte auch die Autobiographie des ‚Dachdeckers von Auschwitz-Birkenau' gelesen und zeigte sich gut informiert. So war der primäre Inhalt des Gesprächs unsere Reise und es entstand schnell ein lockerer, zwangloser Dialog."

Ciechanower erzählte dem Präsidenten von den positiven Erfahrungen bei seinem jüngsten Schulbesuch im Rottenburger Eugen-Bolz-Gymnasium und dem Wandel der jüngeren Generation in Polen hin zu mehr Offenheit und der Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Gemeinsam mit der ebenfalls anwesenden Journalistin und Polen-Expertin Helga Hirsch diskutierte der 89-Jährige außerdem die Rolle Polens in der Gegenwart. Stolz präsentierte Ciechanower dem Präsidenten dann verschiedene Auszeichnungen, schenkte Gauck seine CD mit jiddischen Liedern und verewigte sich im Gästebuch. Das vor der Bundesflagge geschossene Foto wird einen Ehrenplatz in seinem Wohnzimmer erhalten – inmitten einer Galerie von Bildern, die Begegnungen mit hohen Vertretern des israelischen Militärs dokumentieren. „Ciechanower zieht seine ganze Kraft aus der Anerkennung, die ihm für seine Gedenkarbeit zuteil wird", erklärt Roth. „Dass sich nun auch der Bundespräsident mit seinem Zuspruch in diese Reihe von Menschen einreiht, ist für ihn eine ganz besondere Ehre."

Vorausgegangen waren dem Präsidenten-Gespräch die Dreharbeiten zu dem Dokumentar-Film „Der Dachdecker von Auschwitz-Birkenau" mit Regisseur Johannes Kuhn und Toningenieur Thomas Orr. „Ich kann Ihnen sagen, dass der Ausflug nach Deutschland und Polen sehr gelungen war", erklärte Ciechanower am Telefon gegenüber dem „Gäubote". „Vieles habe ich erfahren, wovon ich bisher noch nichts wusste. Ich fahre nun sehr zufrieden nach Hause." Die Reise sei „in jeder Hinsicht hart" gewesen, berichtete Roth. „Ciechanower aber gab alles. Er arbeitete täglich 14 Stunden und war auch in schwierigen Situationen sehr geduldig." Gemeinsam besuchte das Filmteam unter anderem das „Lapidarium", eine Gedenkstätte in Ciechanowers Heimatstädtchen Makow, spazierte entlang der Grenzen des damaligen Ghettos Mlawa und geriet durch Zufall in die Feier zum Jahrestag der Befreiung des KZs Bergen-Belsen. Während der Dreharbeiten traf der KZ-Überlebende auch auf die befreundete Familie Henrikowski, die in Makow das „Lapidarium" initiierte, und lernte viele interessante Gesprächspartner kennen: Hobbyhistoriker, professionelle Historiker, den Bürgermeister Makows und interessierte Passanten. „Am eindrücklichsten waren für mich aber die gemeinsamen Autofahrten", sagt Roth. „Oft erinnerte sich Ciechanower auf dem Rücksitz an Details aus seiner Vergangenheit, sang jiddische Lieder und Johannes Kuhn zückte schnell seine Kamera. Vor allem diese spontan mitgeschnittenen Situationen sind ein Schatz, aus dem man einen tollen Film machen kann."

Im Januar 2014 soll das Werk Premiere feiern. Ciechanower kündigte sein Kommen bereits an. Er sei gespannt, was aus dem Filmmaterial geworden ist. Außerdem gilt es, das Filmteam wieder zu sehen. „Wir alle sind auf der Reise zu Freunden geworden", so Roth. ■

Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler

Im intensiven Gespräch mit dem Bundespräsidenten: Der KZ-Überlebende Mordechai Ciechanower.

Der Bericht erschien zuerst in der Zeitung **„Gäubote"** am 30. April 2013. Wir danken der Autorin **Nadine Dürr** und dem Gäuboten für die freundliche Abdruckgenehmigung.

RAG München

Margrit Grubmüller

Renaissance am Rande des Untergangs

Vortrag von Gideon Greif über die jüdische Kultur in den Jahren 1933 – 1939

Die Regionale Arbeitsgruppe München von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hatte zusammen mit dem BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Fachbereich Dialog der Religionen im Erzbischöflichen Ordinariat München eingeladen zu einem Vortrag über das kulturelle Leben der deutschen Juden in den Jahren vor dem Holocaust. Prof. Dr. Gideon Greif, israelischer Historiker und Pädagoge, ist seit August 2011 Professor für Jüdische und Israelische Geschichte am Schusterman Center for Jewish Studies an der University of Texas in Austin. Als Historiker und Forscher ist er am Shem Olam Institut für Erziehung, Dokumentation und Forschung zum persönlichen Widerstand durch Spiritualität und Religiösen Glauben in Israel tätig und an der Foundation for Holocaust Education Projects in Miami, Florida. Prof. Dr. Greif stellte eine häufig vernachlässigte Zeitspanne vor, in der der jüdischen Bevölkerung in Deutschland die kulturelle und wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen wurde und diese versuchte, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Als Antwort auf die gesellschaftliche Isolation, die unmittelbar nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mit der Entlassung jüdischer Künstler, Musiker, Regisseure, Schauspieler und Redakteure begann, schufen sich die deutschen Juden eigenständig einen kulturellen Rahmen, den „Kulturbund Deutscher Juden". Mit dieser Vereinigung begegneten sie dem geistigen Todesurteil, das die Nationalsozialisten über sie verhängt hatten, Jahre vor der physischen Ermordung.

Für die Veranstaltungen des Kulturbundes durfte nur in jüdischen Zeitungen geworben werden, sie waren der Zensur durch die Gestapo unterworfen und durften nur von Mitgliedern des Kulturbundes besucht werden. Die Initiative zum Kulturbund Deutscher Juden ging von dem Mediziner und Musikwissenschaftler Dr. Kurt Singer aus; zum Ehrenpräsidium gehörte Martin Buber.

Im Jahr 1935 musste der Kulturbund das „Deutsch" in seinem Namen ablegen, er firmierte von da an als „Jüdischer Kulturbund (Berlin)". Im Jahr 1937 gehörten 1425 Künstler dem „Reichsverband Jüdischer Kulturbünde" an, unter ihnen Sänger, Bildhauer, Schauspieler, Schriftsteller. Die Gestapo suchte während der gesamten Zeit seiner Existenz Einfluss auf den Kulturbund zu nehmen; im jüdischen Kulturbund sah sie ein Instrument zur Verdrängung der Juden aus dem allgemeinen kulturellen Leben. Im September 1941, wenige Tage vor Beginn der Deportationen, wurde der Kulturbund auf Anordnung der Gestapo zerschlagen. Gab es anfänglich noch eine Debatte innerhalb des Kulturbundes über die Affinität zur deutschen Kultur und die Gefahr einer Ghettoisierung durch die Hinwendung zur jüdischen Kultur, wurde diese Auseinandersetzung bald beendet durch das Verbot, die Werke etwa von Mozart, Haydn oder Beethoven in Veranstaltungen des Kulturbundes darzubieten. Diese Musik wurde nur noch in den privaten Hauskonzerten gespielt. Andererseits war das Kulturbund-Orchester das einzige, das in Deutschland Mendelssohn oder Mahler spielen durfte.

Foto: Bundespräsidialamt

Gideon Greif im Gespräch mit Hans Rehm, Fachreferent für Erinnerungsarbeit des Erzbischöflichen Ordinariats München.

Das Theater war fast jeden Abend voll. In jeder Vorstellung saßen Gestapobeamte und überwachten, was gesprochen wurde. „Es war mehr oder weniger doch ein Ghetto-Theater. Doch solange die Lampen brannten, die Rampe leuchtete, waren wir Schauspieler glücklich." (Steffi Ronau, Schauspielerin im Kulturbund)

In den „Lehrhäusern" wurden Kurse für Erwachsene und Jugendliche angeboten. Nach Ansicht Martin Bubers musste das Wissen über das Judentum in der Vergangenheit und Gegenwart eine zentrale Rolle im Lehrprogramm spielen. Buber unterrichtete am Frankfurter Lehrhaus; in München leitete Dr. Ludwig Feuchtwanger das Lehrhaus. Ziel der Bildung war es, eine „geistige Abwehr" zu schaffen, eine Grundlage für die fortdauernde geistige Existenz gegen die nationalsozialistische Propaganda.

Von 1936/37 an rückte die Auswanderung in das Zentrum der Veranstaltungen, die zentralen jüdischen Organisationen förderten sie. „Die Menschen waren voller Sorge, Kummer und Verzweiflung. Man musste etwas tun, was die Menschen aufrecht hielt. Das war die ungeheure Tat von Singer: den Menschen geistig etwas zu bieten, damit sie nicht zusammenbrechen. … Es war eine ungeheure Zeit, man musste furchtbar mit dem Kopf dabei sein und mit den Beinen. Es war alles schwierig, es war grausig. Man blutete von innen, aber musste so tun, als wäre die Wunde verstopft. Man musste auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und sich überlegen, wie man den Menschen hilft. In dieser Zeit war man nur in der Not zusammen, für die Not und in der Not. Man konnte ja irgendwann in kein Theater mehr hinein, in kein Museum. Die Menschen, die dableiben konnten oder mussten, sollten ja noch eine Anregung haben. Dass dies erlaubt wurde, war das große Werk von Kurt Singer." (Paula Lindberg-Salomon, Altistin im Kulturbund)

Die Regionalgruppe und die Mitveranstalter dankten Gideon Greif für einen sehr nachdenklichen Abend. ■

Margrit Grubmüller war Direktorin der Akademie Frankenwarte und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

MACH DEN UNTERSCHIED ist ein Online-„Training" für Zivilcourage. Hier können Nutzer praktisch üben, wie man reagieren kann, wenn man im (Sport-)Alltag mit Diskriminierung oder Rechtsextremismus konfrontiert wird. In sieben Filmsequenzen und je fünf möglichen Reaktionsformen darauf werden unterschiedliche Situationen vorgestellt. In der Rolle eines engagierten Kapitäns einer Eishockeymannschaft werden anschließend Überlegungen angestellt, wie jeweils auf diskriminierende Situationen reagiert werden kann. Oberstes Motto des Ganzen: Alles ist besser als Wegschauen und Nichtstun.

www.mach-den-unterschied.de ist ein Teil des Webportals www.Sport-mit-Courage.de. Es wurde von der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus der Vereinigung Gegen-Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit den Landessportbünden der ostdeutschen Länder entwickelt. Es wird finanziert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms Zusammenhalt durch Teilhabe sowie von der Bundezentrale für politische Bildung.

Ein großes „B“ erinnert an den Mut der Häftlinge in Auschwitz

Mitten in Berlin erinnert seit dem 12. Juni 2013 ein überdimensionales „B“ an den Mut und den Überlebenswillen von Häftlingen im Konzentrationslager Auschwitz. Das Internationale Auschwitz Komitee hat auf dem Wittenbergplatz in Berlin direkt gegenüber vom KaDeWe die Skulptur „to B remembered“ präsentiert. Die Skulptur zeigt ein umgedrehtes „B“. Dieses „B“ steht in dem zynischen Schriftzug „ARBEIT MACHT FREI“, den Häftlinge auf Befehl der SS über dem Eingang des Konzentrationslagers Auschwitz anbringen mussten. Das Schild – eine Lüge, wie alle Häftlinge wussten und tagtäglich am eigenen Leib neu erfuhren. Indem sie das „B“ im Wort ARBEIT auf den Kopf stellten, zeigten die Häftlinge unbemerkt von der SS ihren Widerstandswillen gegen das mörderische Vernichtungssystem der Nationalsozialisten in Auschwitz. Eine Demonstration der Selbstachtung und der Selbstbehauptung in einer Umgebung, in der jegliche Menschenrechte außer Kraft gesetzt waren.

Die Idee zu der künstlerischen Gestaltung der Skulptur stammt von der Französin Michèle Déodat, die der Arbeit des Internationalen Auschwitz Komitees seit langem verbunden ist. Auszubildende der Volkswagen AG in Hannover stellten die insgesamt 5,2 Tonnen schwere Skulptur her.

Auf der Feierstunde auf dem Wittenbergplatz sprachen Bundestagspräsident Norbert Lammert, der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel, CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe, der Auschwitz-Überlebende Marian Turski aus Warschau, Michèle Déodat, Elke Eller vom Personalvorstand VW in Hannover und Igor Proskuryakov, Auszubildender bei VW in Hannover. ■

Die Auszubildenden aus dem Volkswagenwerk Hannover, die an der Erstellung der Skulptur beteiligt waren.

Foto: Conny Baeyer

Gegen Vergessen – Für Demokratie erhält den Wilhelm-Hoegner-Preis

Foto: Rolf Poss

Aus den Händen von Markus Rinderspacher, SPD-Fraktionschef im Bayerischen Landtag, nahmen Regionalsprecherin Ilse Macek und Geschäftsführer Dr. Michael Parak für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. den Wilhelm-Hoegner-Preis entgegen.

Die SPD-Landtagsfraktion in Bayern hat drei Organisationen, deren Engagement beispielhaft für den Schutz und die Entwicklung der Demokratie und für die Verteidigung der Freiheits- und Bürgerrechte steht, mit dem Wilhelm-Hoegner-Preis 2013 ausgezeichnet. SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher überreichte am 80. Jahrestag des bayerischen Ermächtigungsgesetzes, dem 29. April, die Preisurkunden an die „Weiße Rose Stiftung", den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie" und an das „Bündnis für Toleranz". Zu den prominenten Gästen zählten unter anderem Bundesminister a.D. und Alt-OB der Landeshauptstadt München, Dr. Hans-Jochen Vogel, der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und die Präsidentin der israelitischen Kultusgemeinde, Charlotte Knobloch.

In seiner Rede würdigte Rinderspacher den einzigartigen Mut der 16 Sozialdemokraten, die am 29. April 1933 im Landtag gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers gestimmt haben. „Wir erinnern uns mit Stolz an unsere Vorgänger – auch weil wir selbst nicht mit Gewissheit sagen können, ob wir an deren Stelle gleichermaßen diesen beschriebenen heldenhaften Mut aufgebracht hätten", sagte der SPD-Fraktionschef vor über 300 Zuhörern im Senatssaal. Die zentrale Lehre aus diesem Tag und der Zeit des Nationalsozialismus sei, dass Demokraten im Kampf gegen die extreme Rechte zusammenstehen müssen. Rinderspacher sagte mit Blick auf den Landtags-Untersuchungsausschuss zu den NSU-Morden in Bayern: „Sein Grundmotiv sollte auch etwas Demokratiestiftendes sein. Den Wert und Sinn von Demokratie, von Freiheit und Menschenrechten zu unterstreichen."

Der Oberbürgermeister der Stadt München Christian Ude verwies auf Beispiele von menschenverachtender Gewalt, die Rechtsextreme heute begehen, wie in der Stadt München das Attentat auf das Oktoberfest im Jahr 1982, die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in ostdeutschen Städten, der geplante Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München und die NSU-Morde. Hier sei es von großer Bedeutung, demokratische Werte zu verteidigen und die richtigen Antworten auf den rechten Terror zu geben. Genau dies sei den drei mit dem Hoegner-Preis ausgezeichneten Organisationen gelungen, sagte Ude. Der Münchner Oberbürgermeister hob die Bildungsarbeit für Jugendliche der „Weiße Rose Stiftung" hervor. Der Verein „Gegen Vergessen –Für Demokratie" stehe für eine Erinnerungskultur als Ermutigung zu demokratischem Engagement. Das „Bündnis für Toleranz" verkörpere mit seinen 47 Mitgliedsorganisationen ein Bündnis aus der Mitte der Gesellschaft gegen Rechts.

Dr. Hildegard Kronawitter, frühere SPD-Landtagsabgeordnete, Vorsitzende der „Weiße Rose Stiftung", wandte sich in ihrer Dankesrede gegen die rechtsextreme Gruppe mit dem Namen Freiheit, die im vergangenen Jahr eine „Weiße Rose" gründete und damit versuche, via Internet die Öffentlichkeit mit ihrer antiislamischen Hetze zu erreichen. „Diesen Missbrauch, ja die Enteignung des sich zutiefst mit Freiheit und humanen Werten verknüpfenden Namen ‚Weiße Rose' durch Ultrarechte lassen wir nicht zu", sagte Kronawitter.

Dr. Michael Parak, der Geschäftsführer des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie" verwies in seinem Dankeswort auf die Ziele des Vereins: Die Integration und neue Formen bürgerschaftlichen Engagements stünden dabei im Zentrum. Die Auszeichnung sei Auftrag, sich weiterhin mit voller Kraft für die Demokratie einzusetzen.

Der evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und der Geschäftsführer des „Bündnis für Toleranz", **Martin Becher**, bedankten sich für den Wilhelm-Hoegner-Preis. Bedford- »

» Strohm verwies auf die „große Kostbarkeit" der Demokratie. Der Landesbischof appellierte an alle Bürger, davon Gebrauch zu machen und am 15. September zur Wahl zu gehen. Den Politikern schrieb er ins Stammbuch, in ihren Wahlkampfreden rechtsextremen Einstellungen nicht in die Hände zu arbeiten.

Der Wilhelm-Hoegner-Preis wird seit 1987 an Persönlichkeiten verliehen, die sich „in besonderer Weise um den Erhalt und die Sicherung der Freiheits- und Bürgerrechte verdient gemacht haben". Zu den bisherigen Preisträgern gehören Hans-Jochen Vogel, Hildegard Hamm-Brücher, Günter Verheugen, Max Mannheimer, Dieter Hildebrandt, die Biermösl Blosn, Hubert Weinzierl, Heinrich Albertz, Regine Hildebrandt und Carl Amery. Zuletzt hatte die Landtags-SPD den Münchner Journalisten Prof. Dr. Heribert Prantl – Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung – ausgezeichnet. Hoegner hatte 32 Jahre (von 1924-1932 und 1946-1970) dem Bayerischen Landtag angehört und war zweimal Bayerischer Ministerpräsident (1945/46 und 1954-57). „Die von Hoegner maßgeblich formulierte Verfassung weist viele positive Unterschiede zum Grundgesetz auf", stellt SPD-Fraktionschef Rinderspacher fest. „Sie wurde in einer Volksabstimmung mit 2/3-Mehrheit beschlossen, umfasst mit Volksbegehren und Volksentscheid wichtige Elemente direkter Demokratie, normiert nicht nur klassische Freiheitsrechte, sondern auch soziale Grundrechte wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf menschenwürdige Wohnung, das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf Mitbestimmung, nicht zuletzt das Recht auf Naturgenuss und ist nach wie vor Richtschnur für das Handeln bayerischer Politiker." ■

■ Der 12. März 1938 – ein Tag der Katastrophe

Das Gedenkjahr 2013 wird auch außerhalb von Deutschland begangen. So hielt der österreichische Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anlässlich des 75. Jahrestages des sog. Anschluss Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland eine beeindruckende Rede.

Als „Tag der Katastrophe" aber auch „Tag der Schande" bezeichnet Fischer den 12. März 1938, an dem deutsche Soldaten in Österreich einmarschierten und von einem großen Teil der Bevölkerung begeistert empfangen wurden. Katastrophal und schändlich, weil Österreich durch den sog. Anschluss unmittelbarer Akteur im Zweiten Weltkrieg wurde und auch direkt an den Verbrechen der Nationalsozialisten beteiligt war. So ist denn auch das Ende des Zweiten Weltkrieges für Fischer „ein Aufatmen wie nach einem Alptraum". Gleichzeitig betont er den Schuldaspekt, dem sich viele Österreicher in den Jahren nach dem Krieg nicht stellen wollten: „Die damals in Österreich weitverbreitete Opfertheorie lautete kurz und bündig: Das Übel des Nationalsozialismus kam von außen, die Befehle kamen von oben, und wir waren vor allem Opfer, die für all das was geschehen ist keine Verantwortung tragen." Dass diese Sichtweise zu kurz gefasst ist, macht er im Folgenden deutlich: So kam es im Laufe der Jahre „zu einer sich allmählich ändernden Geschichtsbetrachtung", in der Wiedergutmachung, Entschädigung sowie Anerkennung des Widerstandes und des Leidens zentrale Aspekte sind.

Aus dem Rückblick auf die Folgen des 12. März 1938 und den Umgang mit diesem schwierigen Erbe der Geschichte ergibt sich für den österreichischen Bundespräsidenten als Ziel für die Zukunft: „… ein Europa, in dem es keinen Hass zwischen verschiedenen Nationen oder zwischen verschiedenen Religionen gibt (…). Ein friedliches und solidarisches Europa. Ein demokratisches und soziales Europa, das seinen Grundwerten verpflichtet ist." ■

Der komplette Wortlaut der Rede ist auf folgender Website abrufbar: http://www.bundespraesident.at/newsdetail/artikel/tag-der-katastrophe-und-der-schande-gedenkakt-zum-75-jahrestag-des-12-maerz-1938/

Fotos: Peter Lechner / HBF

Der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer während der Gedenkfeier zum 75. Jahrestag des 12. März 1938.

Vorstandsmitglied Max Stadler gestorben

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. betrauert den Tod seines geschätzten Vorstandsmitglieds Max Stadler, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestages, der am 12. Mai 2013 unerwartet verstorben ist. Seiner Familie gilt unser ganzes Mitgefühl.

Max Stadler trat Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. schon am 30. Juni 1995, zwei Jahre nach der Vereinsgründung, bei. Als Vorstandsmitglied unterstützte er seit 2000 das Engagement der Vereinigung nachhaltig. Insbesondere das Thema „Rechtsextremismus" und die damit verbundene „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus" lagen ihm sehr am Herzen. Die Entwicklung des Schwerpunktprojektes verfolgte er stets mit großem Interesse und hob dessen Bedeutung im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen anerkennend hervor.

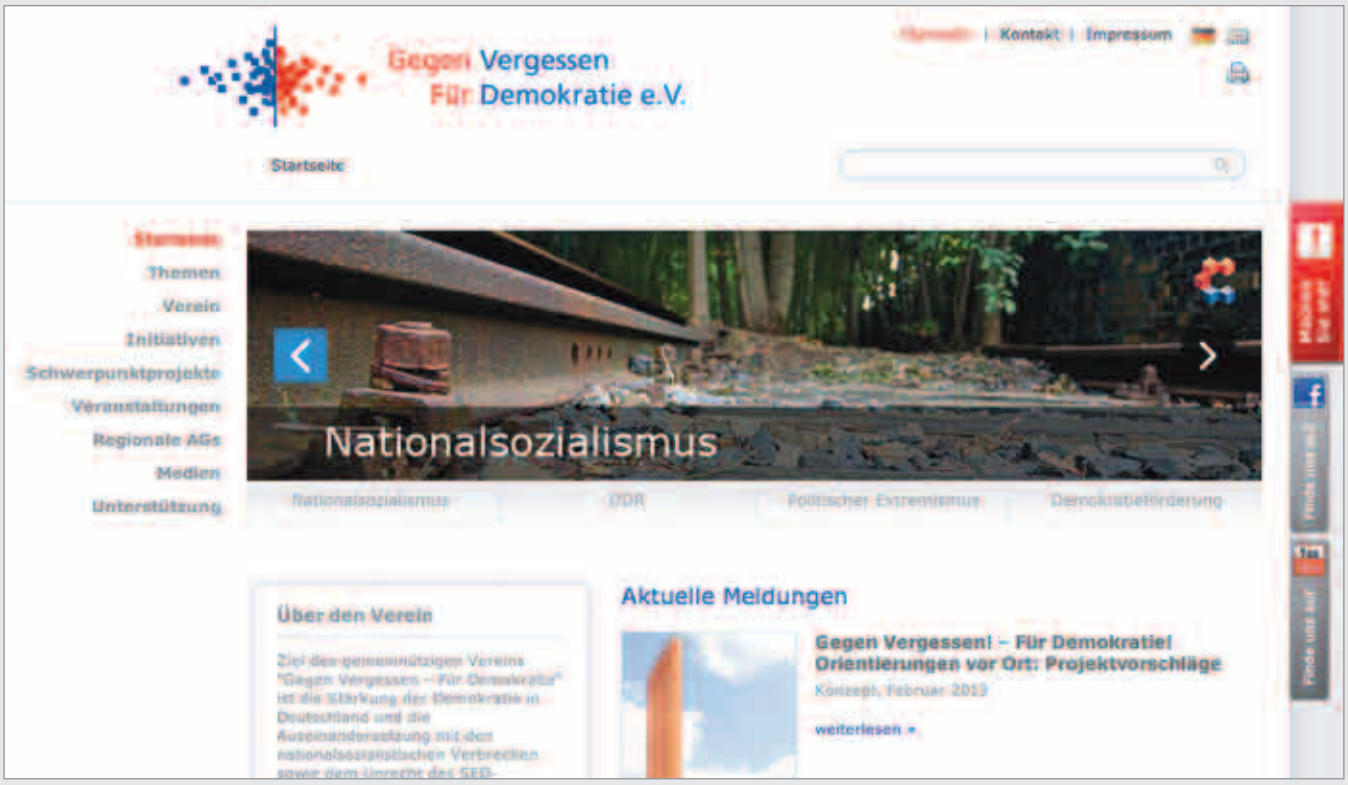
Als Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" engagierte sich Max Stadler seit August 2000 mit Nachdruck für die Erinnerung an die Opfer des nationalsozialistischen Unrechts und setzte sich für Menschenrechte und Völkerverständigung ein; zuletzt für die Mobilisierung zusätzlicher Mittel für Roma in Osteuropa.

Seine immerwährend freundliche, dabei stets kluge und weitsichtige Art machte Max Stadler zu einem allseits geschätzten Mitglied der Vereinigung und zu einem Menschen, der schmerzlich vermisst, jedoch nie vergessen sein wird. Unsere Erinnerung an ihn ist von größter Dankbarkeit erfüllt. ■

Foto: FDP-Bundestagsfraktion

Am 12. Mai verstorben: Unser langjähriges Vorstandsmitglied Dr. Max Stadler.

Besuchen Sie auch unsere Homepage: www.gegen-vergessen.de



Peter Schulz

An Willy Jesse erinnern – Gegen ein verordnetes Vergessen

Willy Jesse 1897 – 1971

Der sowjetische Geheimdienst wollte ihn aus dem Gedächtnis seiner Mitbürger tilgen. Das ist ihm fast gelungen: nur noch einige wenige verbinden mit dem Namen Willy Jesse das Wissen von dessen todesmutigem Kampf gegen die Nazis und seinem gleich tapferen Kampf gegen eine stalinistische Diktatur. Und: Kein Straßenname, keine Gedenktafel erleichtert das Erinnern.

Sein Leben, das in der Erinnerung ganz zu verlöschen droht, war von shakespearescher Dramatik. Als die Nazis 1933 begannen, Recht und Anstand zu zerstören, war Willy Jesse hauptamtlicher Sekretär des Sozialdemokratischen Jugendverbandes für die damaligen drei Länder Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck. Früher als vielen anderen Gegnern Hitlers war ihm die Brutalität der SA-Horden und die Mord-Entschlossenheit der SS als kalkuliertes System klar; er wusste sofort: Widerstand konnte den Tod bedeuten. Er entschloss sich, die Todesgefahr zu ignorieren und übernahm die Verbindung der Sozialdemokraten seiner Heimatstadt Rostock zum Exil-Vorstand der SPD in Prag. Dabei belohnte unglaubliches Glück seinen unglaublichen Mut: Der Gestapo blieb sein Kontakt nach Prag verborgen. In den folgenden Jahren wurde sein nach 1933 gegründetes Lebensmittelgeschäft zur Kontaktstelle und zur Informationsbörse für Rostocker Nazigegner.

Der nach dem 20. Juli 1944 hingerichtete sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Leber aus Lübeck kannte die Zuverlässigkeit Willy Jesses und er kannte die Todesverachtung seines Genossen – er führte ihn an den Kreisauer Kreis der Verschwörer heran. Willy Jesse wurde von ihnen als ziviler Reichs-

Foto: AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung

Willy Jesse (auf dem Foto rechts) auf einem Gruppenbild von 1957.

kommissar für Mecklenburg und Lübeck vorgesehen. Der Gestapo blieben auch diese Verbindungen Willy Jesses verborgen. Als er nach dem Attentat verhaftet werden sollte gelang ihm auf buchstäblich unglaubliche Weise die Flucht: er überredete den mit seiner Verhaftung betrauten Gestapo-Mann, ihn auf die im Hof befindliche Toilette gehen zu lassen und bestieg ein ständig für eine Flucht bereitstehendes Auto mit Fahrrad auf dem Dach. Der Versuch, sich von einem Fischer nach Dänemark übersetzen zu lassen scheiterte. Inzwischen schrillten bei allen Partei- und Gestapo-Stellen die Alarmglocken; dennoch gelang dem auch körperlich gewichtigen Willy Jesse auf dem Fahrrad die Flucht durch Mecklenburg und Schleswig-Holstein und das von deutschen Truppen besetzte Dänemark nach Kopenhagen; von dort halfen ihm dänische Sozialdemokraten nach Schweden. Es fällt schwer, angesichts des Gelingens dieser Flucht nicht an eine Fügung Gottes zu glauben.

In Schweden wurde Willy Jesse sofort im Kreis der deutschen Emigranten politisch aktiv. Einer seiner dortigen Mitstreiter war Willy Brandt. Nach Hitlers Ende brannte er darauf, wieder nach Rostock zu kommen, obwohl ihn Kurt Schumacher gewarnt hatte, sein Todesmut und sein unbedingtes Eintreten für Freiheit würde ihm dort erneut Verfolgung einbringen. Es gelang ihm, als Eisenbahner verkleidet auf einem der wenigen erlaubten Interzonenzüge nach Rostock zu kommen. Dort nahm er den Kampf gegen die von der sowjetischen Besatzungsmacht erzwungene Vereinigung mit der KPD auf und wurde konsequenterweise 1946 erneut verhaftet; diesmal gab es keine Fluchtmöglichkeit. Willy Jesse saß drei Jahre unter unmenschlichen Bedingungen im NKWD-Keller am Demmlerplatz in Schwerin. Er lehnte jedes verbale Zugeständnis ab; er war nicht bereit, sich ein Stück Freiheit durch die berüchtigte „Selbstkritik" zu erkaufen. Ein ungehorsamer Angeklagter war für seine Verfolger ein Risiko: ein öffentlicher Prozess konnte ihn zum Märtyrer machen, deshalb durfte es keinen Prozess geben. Auch die bloße Erinnerung an ihn stellte eine Gefahr dar, deshalb musste er auch im Denken der Menschen ausgelöscht sein: Er wurde administrativ ohne Verfahren zu zehn Jahren Lager „verurteilt" und nach Workuta in Sibirien verbracht. Dass er dort überlebte, ist ein weiteres Glied in der Kette der vielen Wunder im Leben von Willy Jesse.

Im Januar 1954 schließlich entlassen, entschied er sich zunächst, in seiner Heimatstadt Rostock zu leben, um möglicherweise einiges von seiner Arbeit fortzusetzen. Aber die meisten seiner früheren politischen Freunde waren inzwischen in den Westen geflohen, er selbst wurde auf Schritt und Tritt beobachtet und schließlich: Er war ein zerbrochener Mann. So nahm er denn das Angebot seines alten Jugendfreundes Erich Ollenhauer an, doch in den Westen zu kommen. Er erhielt dort im SPD-Apparat in Bonn ein „Gnadenbrot". Aber er kam mit seinem Leben, oder mit dem, was von seinem Leben noch verblieben war, nicht mehr zurecht – am 17. August 1971 erschoss er sich mit der Pistole, die er in Bonn ständig bei sich getragen hatte. ■

Peter Schulz, ehemaliger Hamburger Bürgermeister und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demoktratie e.V. hier vorne rechts im Bild neben Hanz Koschnik, auf der Mitgliederversammlung 2011 in Bremen.

Er schrieb diesen Artikel über Willy Jesse, mit dem die Familie Schulz eng verbunden war. Peter Schulz erlebte das Erscheinen seines Artikels, der ihm sehr am Herzen lag, nicht mehr. Er verstarb am 17. Mai 2013 im Alter von 83 Jahren.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nimmt Abschied von Peter Schulz, der auch noch im hohen Alter sehr regen Anteil an der Tätigkeit der Vereinigung nahm.

Foto: Dr. Ulrich Mählert (Ausschnitt)

Josef Thesing

Museum für Geschichte der polnischen Juden in Warschau eröffnet

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Beginns des Aufstandes im Warschauer Ghetto wurde am 19. April 2013 das Museum für jüdische Geschichte der Öffentlichkeit vorgestellt. Hochrangige Persönlichkeiten – an der Spitze Staatspräsident Bronislaw Komorowski und Ministerpräsident Donald Tusk – nahmen daran teil. Vom „Verein zur Förderung des Museums für Jüdische Geschichte in Polen e.V." nahmen der Vorsitzende Josef Thesing, Botschafter a.D. Dr. Helmut Frick, Schatzmeister, und Prof. Dr. Jaeckel teil. Auch der ehemalige deutsche Botschafter in Warschau, Johannes Bauch, der sich sehr stark für das Projekt eingesetzt hat, konnte dabei sein.

Es begann am 1. August 1994 in Warschau. Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog weilte zu einem Staatsbesuch in Warschau. Von Frau Dr. Pawlak vom Jewish Historical Institute in Warschau wurde ihm, anlässlich eines Empfang in der Residenz des Botschafters Bauch die Idee vorgetragen, ein Museum für die Geschichte der Juden in Polen zu errichten. Bundespräsident Herzog fand Gefallen an dieser Idee und sagte die von ihm erbetene Unterstützung zu. Den Initiatoren des Projektes ging es von Anfang an nicht nur um die Erinnerung an die Ermordung der polnischen Juden, nach ihren Vorstellungen sollte das Museum vor allem ein „erzählendes Museum" sein. Die mehr als tausendjährige Geschichte und Kultur der Juden in Polen sollte mit modernen Methoden dargestellt werden.

Foto: Museum of the History of Polish Jews

Im April diesen Jahres eröffnet: Das Museum für die Geschichte der polnischen Juden in Warschau.

Bundespräsident Herzog und sein Staatssekretär Wilhelm Staudacher hielten sich an die zugesagte Unterstützung. Eigene Mittel standen dafür nicht zur Verfügung. Deshalb wurde am 16. April 1996 im Bundespräsidialamt in Bonn der „Verein zur Förderung des Musems für jüdische Geschichte in Polen e.V." gegründet. Als Gründungsmitglieder waren u.a. anwesend: Prof. Dr. h.c. Berthold Beitz, Botschafter Dr. Franz Bertele, Dr. Ulrich Bopp, Ignatz Bubis, Markus Meckel, Prof. Dr. H. Schoeps, Prof. Dr. Siegfried Unseld und Josef Thesing. Botschafter Dr. Bertele wurde zum Vorsitzenden gewählt, Prof. Dr. Schoeps und Josef Thesing zu Vorstandsmitgliedern. Dr. Bertele gab den Vorsitz 2005 an Josef Thesing ab. Prof. Ernst Cramer von der Axel-Springer-Stiftung kam etwas später als Mitglied hinzu.

Der Förderverein konzentrierte sich von Anfang an auf zwei Anliegen: a) eine Anfangsfinanzierung zu sichern, die es dem Historical Jewish Institute in Warschau ermöglichte, mit den konkreten Planungen zu beginnen; b) Erfahrungen aus anderen Museen in die Vorbereitung und Planung des Projektes in Warschau einzubringen. Mit Hilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung, die das Vorhaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten förderte, konnte in Warschau vom 24.-26. April 1996 eine Fachkonferenz zum Thema: ‚Die Rolle der historischen Museen im gegenwärtigen Mittel- und Osteuropa – Die Darstellung der Geschichte des jüdischen Lebens' organisiert werden. Bedeutende Fachleute konnten als Referenten gewonnen werden, u.a. Prof. Jeshajahu Weinberg, Gründungsdirektor des Museums der Jüdischen Diaspora in Tel Aviv und des United States Holocaust Memorial Museums in Washington D.C.; Prof. Israel Gutman, Direktor des Internationalen Forschungszentrums Yad Vashem, Jerusalem; Prof. Hermann Schäfer, Direktor des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn; Jerzy Halbersztadt, Direktor des Universitätsmuseums in Warschau, der auch für lange Jahre die Leitung des Projektes übernahm.

Die Anfangsphase musste finanziell abgesichert werden. Vorhaben dieser Größenordnung haben zunächst kaum eine Chance, von gutwilligen Spendern Geld zu erhalten. Die Förderer wollen Konkretes sehen. Das Konkrete entsteht aber nicht von heute auf morgen. Es muss mühsam geplant und erarbeitet werden. Der Vorstand des deutschen Fördervereins bemühte sich deshalb um die Anfangsfinanzierung. Das gelang auch. Durch Spenden, vor allem durch die Hilfe der Bosch-Stiftung und durch die vom Förderverein initiierte Antragstellung bei der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit konnten insgesamt rd. 2 Mio DM aufgebracht werden. Zugleich nahm der Förderverein Kontakt zur Bundesregierung auf, um eine finanzuielle Hilfe zu erhalten. Nach mehreren Gesprächen gelang das schließlich. Die Bundesrepublik Deutschland stellte 5 Mio € bereit.

Allmählich wuchs auch das Interesse in Warschau. Die Stadt Warschau stellte kostenlos das Grundstück für den Bau des Museums zur Verfügung. Im ehemaligen jüdischen Viertel Maranów, am Platz der Helden des Ghettoaufstandes, gegenüber dem Denkmal, sollte das Gebäude errichtet werden. Der Platz hat eine besondere Geschichte. Im 19.Jahrhundert entstand hier das jüdische Zentrum, das im Zweiten Weltkrieg völlig zerstört wurde. Bis dahin waren 90% der Einwohner Juden. Auch die polnische Regierung beteiligte sich an dem Projekt. Am 25. Januar 2005 unterzeichneten der Oberbürgermeister der Stadt Warschau, Lech Kaczynski, der Minister für Kultur der Regierung der Republik Polen, Waldemar Dabrowski, und Prof. Jezy Tomaszewski, Vize-Präsident der Jewish Historical Institute Association den Gründungsvertrag über das Museum für Jüdische Geschichte in Polen. Darin verpflichten sich die Vertragspartner zum Bau und Unterhalt des Museums.

Ein internationaler Architektenwettbewerb wurde ausgeschrieben. Namhafte Architekten beteiligten sich daran: Rainer Mahlamäki und Illmani Lahdelma, Finnland; Marek Dumikowski, Polen; Peter Eisenmann, USA; Zvi Hecker, Israel/Deutschland; Josep Luis Mateo, Spanien; Gesine Weinmiller, Deutschland; Daniel Libeskind, USA; Kengo Kuma, Japan; David Chipperfield, Großbritanien. Die Entscheidung durch eine internationale Jury fiel am 30. Juni 2005. Die finnischen Architekten Rainer Mahlamäki und Illmani Lahdelma gewannen den Wettbewerb. Sie bauten nach ihren Ideen und Plänen das Museum. „Rotes Meer in Warschau" – so wurde der Entwurf genannt. Das Gebäude ist lichtdurchflutet und voller Bewegung durch die wellenförmigen Steinwände. Die Einheit ist gebrochen durch einen gläsernen Riss, der den Geschichtsbruch durch den nationalsozialistischen Judenmord symbolisiert. Die Grundsteinlegung erfolgte am 26. Juni 2007. Anfang 2013 war der Bau fertig.

Das Gebäude ist errichtet, die Dauerausstellung noch nicht. In acht Galerien soll die tausendjährige Geschichte der polnischen Juden dargestellt werden. Die polnisch-jüdische Geschichte wird sehr unterschiedlich inszeniert. Filme, Fotos, Wandmalereien, eine nachgebaute und begehbare Synagoge, Computerspiele, Zeitzeugenberichte werden präsentiert. Die offizielle Eröffnung ist nach Fertigstellung der Dauerausstellung für das Frühjahr 2014 vorgesehen.

Neben der Dauerausstellung wird das Museum auch eine Reihe von Programmen durchführen. Ein grosser Konzert- und Vortragssaal mit 480 Plätzen ermöglicht im Rahmen eines Kultur- und Bildungsprogrammes die Durchführung zahlreicher Veranstaltungen. Damit wurde bereits begonnen.

Die Arbeit des deutschen Fördervereins ist damit beendet. Uns wurde immer wieder von polnischer Seite bestätigt, dass ohne die von uns abgesicherte Anfangsfinanzierung das Vorhaben nur schwer hätte realisiert werden können.

Weitere Informationen und Bilder können unter *www.jewishmuseum.org.pl* abgerufen werden.

Anschrift: The Museum of the History of Polish Jews,
6 Anielewicza St., 00-157 Warzzawa;
Telefon: + 48 2247 10300

Wer in Warschau ist, sollte das Museum unbedingt besuchen. Es lohnt sich! ■

Prof. Dr. h.c. Josef Thesing ist Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Museums für Jüdische Geschichte Polens e.V., Vorsitzender des Kuratoriums der Deutsch-Polnischen-Gesellschaft Köln-Bonn und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Berlin Jenaer Straße 7

Hansjörg Geiger

Ein Buch, das sich zu lesen lohnt, ja, das man unbedingt lesen muss: Dr. phil. Albert Neuburger, ein begnadeter, hoch produktiver und auch höchst erfolgreicher Autor populärwissenschaftlicher Bücher, Verleger, Schriftleiter im großen Ullstein Verlag lebt in gutbürgerlichen Verhältnissen in Berlin. Die zahlreichen Werke, die er ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert selbst verfasst oder als Mitherausgeber verantwortet, befassen sich mit der Politik- und Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts und vor allem mit technisch-wissenschaftlichen Themen. Nach den bis in über Hunderttausend Exemplare gehenden Auflagen zu schließen, bereitet er Abertausenden von Lesern seiner populärwissenschaftlichen Fachbücher durch seinen hochgelobten verständlichen Schreibstil großes Lese-Vergnügen. Dass einige Bücher noch Jahrzehnte nach seinem Tod in Deutschland und selbst in den USA nachgedruckt worden sind, belegt deren hohes Niveau. Neuburger sei der „Star des technisch-wissenschaftlichen Feuilletons" gewesen schreibt die Technische Universität Berlin in einer Presseerklärung im Jahr 2008.

Neuburger ist ein eher national konservativ eingestellter Deutscher, der so auch dem Zeitgeist seiner bürgerlichen Umgebung entspricht. Mit seiner Kreativität, seinem großen Fleiß und seinem Engagement lebt er typisch deutsche Tugenden.

Er war also eine Person, auf die Deutschland hätte stolz sein können.

Aber nach 1933 lassen die an die Macht gekommenen Nazis ihn und seine Frau nicht mehr das bisherige selbstbestimmte und beruflich erfolgreiche Leben weiterführen. Beide Neuburgers sind getaufte Mitglieder der protestantischen Kirche, aber sie haben plötzlich einen „Makel", sie sind als Juden geboren. Zuerst verliert Albert Neuburger seine Stelle als Schriftleiter im Ullstein Verlag aufgrund des Schriftleitergesetzes vom 4. Oktober 1933, dann setzen „rechtlich" gestützt auf die judenfeindlichen Nürnberger Gesetze zunehmend die alltäglichen antijüdischen Schikanen ein. Es ist immer wieder unfassbar, was nach 1933 in Deutschland unter aller Augen geschehen konnte und wie wenig Solidarität von Kollegen, Nachbarn und anderen Mitbürgern zu erfahren war. Ein Satz von Goebbels 1938 gesprochen gegenüber Polizeioffizieren mag die damalige Situation erhellen: „Nicht das Gesetz ist die Parole, sondern Schikane". Die Eheleute Neuburger haben diese Entwicklung bestimmt genau beobachtet. Sie haben aber daraus für sich selbst nicht den Schluss gezogen, sich zu retten und Deutschland zu verlassen. Vielleicht, so schreibt es der Autor, fühlten sie sich so von der deutschen Kultur getragen, dass ihnen ein Weggang unmöglich erschien, vielleicht war es nur ein aus heutiger Sicht unbegreiflicher Optimismus, der die Gedanken vertrieb, dass auch ihnen das Schlimmste drohen könnte. Nach der „Reichspogromnacht" am 9. November 1938 ist die berüchtigte Vermögensabgabe von 20 % des Vermögens an das Nazireich zu zahlen, die bald auf 25 % erhöht wird. Das hauptsächlich durch eigene Arbeit aufgebaute Vermögen wird faktisch gesperrt, dessen Nutznießung weitgehend unmöglich gemacht. Ab Ende 1938 war Juden der Besitz von Autos verboten, Führerscheine wurden entzogen. Der Mieterschutz wurde 1939 für Juden aufgehoben, ihre Telefone gekündigt, Radioapparate waren abzuliefern.

Aller bürgerlicher Erfolg, den sie sich erarbeitet haben, geht Stück für Stück dahin. Als größte Enttäuschung müssen sie das Scheitern ihres über Jahrzehnte verfolgten Lebenskonzepts als assimilierte Juden in Deutschland und Teil der deutschen Kultur empfunden haben. Das schreckliche Ende beginnt dann mit dem Verlust der Wohnung, dann des gesamten noch übrig gebliebenen Vermögens, eingesetzt für die verzweifelte und allerletzte Hoffnung auf eine altersgerechte Bleibe irgendwo im Reich, durch den letzten schamlosen Betrug mit dem ihnen aufgedrängten „Heimeinkaufsvertrag" als scheinbaren Einkauf in ein Altersheim. Die „Alterstransporte" Nr. 81 und 84 bringen das Ehepaar getrennt voneinander im Januar 1943 in das Lager Theresienstadt, wo unbeschreiblich grauenhafte Lebensumstände herrschen. Engster Raum in ungelüfteten Kasematten oder auf Dachböden, schreckliche sanitäre und hygienische Bedingungen, Tag und Nacht Schlangen vor den Aborten und auch noch durch Nahrungsknappheit bedingte Epidemien. Das Lager Theresienstadt erfüllt die von den Verantwortlichen gewollte dezimierende Funktion. Allein bis Ende 1942 kommen in nur drei Monaten über zehntausend Insassen um. Auch Albert und Minna Neuburger sterben dort wenige Wochen nach ihrer Ankunft.

Das ist ein Schicksal von sechs Millionen ermordeten Juden. Der Leser begleitet ein jüdisches Ehepaar durch deren Leben in Deutschland bis zum schrecklichen Ende, so wird an deren

Rainer Faupel
Berlin Jenaer Straße 7: Zwei von sechs Millionen. Zur Erinnerung an Albert und Minna Neuburger

Metropol Verlag, Berlin 2013
Broschiert, 216 Seiten
ISBN: 978-3-86331-106-3 • 19,00 €

Lebensgeschichte das furchtbare Schicksal der deutschen Juden ganz konkret. Was dieses Buch so besonders lesenswert macht, ist die Fülle an Details aus dem Familienleben und deren tiefe Einbettung in das jeweilige zeitgeschichtliche Geschehen. Dabei ist die Schilderung so einfühlsam und sprachlich so gelungen, dass der Leser in den Bann gezogen und ganz naher Zeitzeuge wird. Wäre es dem Thema nicht unangemessen, wäre die Lektüre spannend zu nennen. Und selbst wer meint, über den Holocaust und die alltäglichen Schrecken der jüdischen Mitbürger im Dritten Reich schon alles zu wissen, wird neue Facetten erfahren.

Dann kommt der beschämende Schlussteil: Der Bruder von Minna Neuburger, der Schwager von Albert, überlebt als „Privilegierter", weil er mit einer Arierin verheiratet ist und sein Sohn als Soldat der Wehrmacht für Hitler in den Krieg ziehen muss. Das von ihm 1950 angestrengte Wiedergutmachungs- und Entschädigungsverfahren wird von unwilligen Beamten und Gerichten trotz seines hohen Alters und seinen nach dem Krieg wieder erlangten hohen Justizpositionen als Senatspräsident und auch Leiter der Münchner Staatsanwaltschaft skandalös und demütigend in die Länge gezogen. Den endgültigen Abschluss der Verfahren erlebt er nicht mehr.

Rainer Faupel, übrigens auch Mitglied unseres Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie", hat mit unglaublicher Akribie unzählige Quellen bei seiner Recherche erschlossen. Verfahrensakten, Archive und umfangreiche Literaturstudien lassen das facettenreiche Bild des Ehepaares Neuburger erstehen. Wen die vielen Fußnoten beim Beginn der Lektüre vielleicht schrecken mögen, wird bald feststellen, dass gerade in diesen viel Interessantes steckt, das die Lebendigkeit und Glaubwürdigkeit dieses wichtigen Buches stärkt. ■

Prof. Dr. Hansjörg Geiger ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Winter in Prag

Wolfgang Michalka

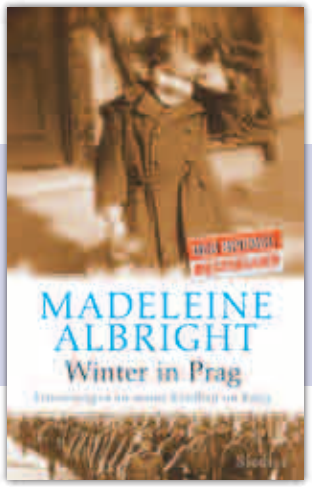
Nur wenige Wochen vor ihrer Ernennung zur amerikanischen Außenministerin erfuhr Madeleine Albright von ihrer jüdischen Herkunft und davon, dass ihre Großeltern und mindestens 25 weitere Angehörige ihrer Familie in den Jahren 1942 bis 1944 nach Theresienstadt deportiert wurden: „Kein Einziger überlebte." (S. 340)

Albright, am 15. Mai 1937 in Prag geboren und als Katholikin aufgewachsen, war damals 59 Jahre alt und musste ihr bisheriges Weltbild und Selbstverständnis grundlegend korrigieren. Sie rätselt, warum ihre Eltern zum Katholizismus übergetreten waren und zwar noch vor Bekanntwerden des Holocaust im Jahre 1941. Warum ihr Vater seinen deutsch klingenden Namen Körbel in Korbel umwandelte und warum generell die Kinder nichts davon erfahren sollten.

Eine intensive Suche in der Familiengeschichte begann. Das Ergebnis liegt nun vor als eine Verbindung von familiärer und politischer Geschichte von 1937 bis 1948, der „Ära um den Zweiten Weltkrieg" und die ersten zwölf Jahre ihres Lebens. Sie erbte von ihren Eltern die Liebe zu zwei Ländern, zu den USA und natürlich zur Tschechischen Republik. Kein Wunder, dass sie sich ihrer „slawischen Seele" bewusst ist.

Ihre Erzählung beginnt mit dem 15. März 1939, einem kalten und unfreundlichen Tag, als deutsche Truppen in die „Resttschechei" einmarschierten. Nicht der Frühling, sondern ein eisiger politischer Winter setzte ein.

Angesichts der sich europaweit ausbreitenden antidemokratischen, autoritären, kommunistischen und faschistischen Regime nahm sich die Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit regelrecht als ein Musterbeispiel für Demokratie aus. Ihr Präsident Thomáš G. Masaryk und sein Außenminister und späterer Nachfolger Edvard Beneš ließen sich von der Vision leiten, die polnischen, ukrainischen, ungarischen und slowakischen Minderheiten, unter denen die gut drei Millionen Deutschen den stärksten Anteil ausmachten, in einem lebensfähigen multinationalen Staat von 13 Millionen zu integrieren, was allerdings nicht unbedingt gelang. »



Madeleine Albright
Winter in Prag. Erinnerungen an meine Kindheit im Krieg

Siedler Verlag, München 2013
Gebundene Ausgabe, 542 Seiten
ISBN 978-3-88680-988-2 • 24,99 €

» Für Hitler wurde die Nationalitätenfrage zum Hebel für seine Raumpolitik. Nach dem „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 beherrschte die Sudetenkrise die internationale Politik. Das Münchener Abkommen vom September 1938, das die vornehmlich deutsch besiedelten Randgebiete der Tschechoslowakei abtrennte, wird von Albright als denkbar schlechtes Ergebnis verstanden. Nicht nachgebende und zurückweichende Diplomatie, wie sie von der britischen Appeasementpolitik und den Westmächten bevorzugt wurde, sondern ein „Frieden der Stärke", begleitet von Aufrüstung und Entschlossenheit zum eingegrenzten Krieg, hätten ihrer Meinung nach Hitlers sich aufschaukelnde Expansionspolitik eindämmen und den großen Krieg letztlich verhindern können. Diese traumatisch besetzte „Erfahrung" ließ beispielsweise die spätere Außenministerin eine entschiedene Politik zum Schutz der Zivilbevölkerung auch mit militärischen Mitteln und den Einsatz der Nato 1999 in den Kosovo befürworten.

Ihr Vater Josef Körbel war als Diplomat und Botschafter 1938/39 in Belgrad. Wenige Tage nach der deutschen Besetzung ihrer tschechischen Heimat gelang es, das „Reiseziel: Freiheit" im britischen Exil zu erreichen: Weniger die eigenen Erlebnisse, dazu war sie zu jung, mehr die allgemeine Geschichte wird aus ihrer rückschauenden Sicht dargestellt.

Eindrucksvoll werden die Bombennächte während der Luftschlacht über London geschildert.

Bald erhielt ihr Vater von Jan Masaryk, Sohn des legendären tschechischen Präsidenten und einer Amerikanerin, damals Außenminister der tschechischen Exilregierung unter Beneš, das Angebot, sein Mitarbeiter zu werden und vor allem für die tschechischen Sendungen des BBC zuständig zu sein.

Intensiv beschäftigt sich Albright mit Reinhard Heydrichs Politik der „Endlösung der Judenfrage". Dabei steht das Konzentrationslager Theresienstadt unweit von Prag im Fokus, dort wohin ihre Großeltern und Verwandten verschleppt wurden. Dieses wurde dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz im Juni 1944 als „Muster"-Lager vorgegaukelt, was zu einer Farce wurde. Albright kritisiert die Blindheit und Leichtgläubigkeit der Delegation mit harten Worten (S. 333).

Heydrichs Politik der brutalen Unterdrückung, ja Ausrottung gepaart mit kalkulierter Nachgiebigkeit, um einerseits die okkupierten Gebiete zu „germanisieren" und andererseits die kriegswichtige Produktion von Waffen und Munition in den Skodawerken nicht zu beeinträchtigen, machten Sabotage und Widerstand gegen die Besatzer immer schwieriger. Die Exilregierung sah sich zum Handeln gezwungen. Das Attentat auf Heydrich am 27. Mai 1942 gelang. Als grausame Vergeltung wurde die männliche Bevölkerung der Stadt Lidice erschossen, Frauen und Kinder in Lager verschleppt, wo die meisten von ihnen ebenfalls umkamen. „Die deutsche Rache kostetet Tausende Tschechen das Leben." (S. 276). Die Frage nach dem Sinn, nach dem Preis dieser Tat beantwortet Albright damit, indem sie das Attentat als „eine mutige und auch richtige Entscheidung" rechtfertigt. (S. 278)

Seit München hatte Beneš das Vertrauen in die Westmächte verloren. Er suchte einen starken Partner. 1943 besuchte er Moskau, denn „ein festes Band zu Moskau zu knüpfen, war ein wesentlicher Bestandteil in Beneš' Nachkriegsstrategie". (S. 311). Aus leidvoller Erfahrung heraus vertrat Beneš die Meinung, dass die Deutschen künftig keinen Platz in der Nachkriegstschechoslowakei haben sollten: „Unser Volk kann nicht länger mit den Deutschen im selben Land leben" (S. 397) – eine Forderung, die in der aufgeheizten Atmosphäre zum Kriegsende und als Folge des aufgestauten Hasses gegen alles Deutsche starke Zustimmung und in den umstrittenen „Beneš-Dekreten" ihren Niederschlag fand. Das hieß: Deportation und Vertreibung.

Die stärksten Passagen dieses lesenswerten Buches sind die über die Ausschreitungen und die problematische Politik während der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Albright aus der rückschauenden Distanz sehr kritisch bewertet. Dabei verschweigt sie keineswegs das damals begangene Unrecht. Erst der von ihr sehr verehrte Václav Havel habe als Präsident die „Beneš-Dekrete" in Frage gestellt und den Mut gehabt, öffentlich zu bekennen, dass damals oft „individuelle Strafe durch kollektive Rache" ersetzt wurde. (S. 406)

Nach der „Befreiung" Prags durch die Rote Armee und der deutschen Kapitulation kehrten die Korbels in ihre Heimat zurück. Ihr Vater trat bereits im September 1945 erneut eine Stelle als Gesandter in Belgrad an. Aber das sollte nicht von langer Dauer sein. Klement Gottwald, Kommunist und Marionette Stalins, putschte im Frühjahr 1948 gegen Beneš, den „Präsidenten ohne Macht", der sich resigniert aufs Land zurückzog. Der parteilose Jan Masaryk, „Außenminister ohne Regierung" (S. 461), wurde wenig später am 10. März 1948 im Hof des Außenministeriums tot aufgefunden – nach 1618, dem Beginn des Dreißigjährigen Krieges, ein weiterer politischer Fenstersturz in Prag. Die zweite tschechische Demokratie wurde gleichsam mit ihm zu Grabe getragen.

Auch für die Familie Korbel endete ihre Zeit in der Tschechoslowakei. Sie reiste über England in die USA, wo ihr politisches Asyl gewährt wurde. Für Albrights Vater begann eine zweite Karriere als Professor an der Universität von Denver. Sie selbst ging nach Studium und Heirat in den diplomatischen Dienst und wurde erste Außenministerin der USA. ■

Prof. Dr. Wolfgang Michalka leitete bis 2006 die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, eine Außenstelle des Bundesarchivs, und ist Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Oskar Schindler. Seine unbekannten Helfer und Gegner

Die Geschichte um die Rettung von über 1000 Juden während des Nationalsozialismus durch Oskar Schindler kennen die Meisten durch Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste". Dass dieser Spielfilm vergangene Tatsachen nicht vollständig rekonstruieren kann und die Biografie Schindlers nur anschneidet, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, scheint aber immer wieder eine Erinnerung zu benötigen. Das neue Buch von Erika Rosenberg fügt ein weiteres Puzzleteil zu der komplexen Geschichte um die Schindlers hinzu. Die Autorin hat bereits Biografien sowohl über Oskar als auch Emilie Schindler, seine Ehefrau verfasst. Erika Rosenberg ist die Tochter deutscher Juden, die in den 30er Jahren nach Südamerika flohen. 1990 lernte sie Emilie Schindler in Buenos Aires kennen und bis zu ihrem Tod 2001 unterhielten beide eine enge Verbindung; Rosenberg führte zahlreiche Interviews mit Emilie Schindler und seit ihrem Tod bewahrt sie deren Erbe.

Das nun im LitVerlag erschienen Buch möchte die „unbekannten Helfer und Gegner" vorstellen, mit denen Oskar Schindler bei der Rettung der Juden zusammentraf. Aus praktischen Gründen entschied sich die Autorin dafür, diese in deutsche und jüdische Helfergruppen zu unterteilen. Gleichzeitig will die Autorin verstärkt auf die Rolle von Emilie Schindler während der Kriegszeiten aufmerksam machen und die Schwierigkeiten der Schindlers in der Zeit nach dem Krieg illustrieren. Dabei geht es nicht nur um fehlende Anerkennung sondern auch um fehlende finanzielle Entschädigung, unter der das Ehepaar Schindler und nach Oskars Tod Emilie Schindler zu leiden hatten.

Das Buch eröffnet einen neuen Einblick in und eine neue Perspektive auf das Leben und Wirken des Ehepaars Schindler. Gleichzeitig werden Helfer und Unterstützer bei der außergewöhnlichen Rettungsaktion der Schindlers teilweise zum ersten Mal vorgestellt und der Erinnerungslandschaft näher gebracht. Dank ihres engen Kontaktes zu Emilie Schindler und intensiver Recherchen und Korrespondenzen kann Erika Rosenberg zahlreiches Quellenmaterial vorlegen, um ihre Beschreibungen zu unterstützen. ■

Erika Rosenberg
Oskar Schindler. Seine unbekannten Helfer und Gegner
LitVerlag, Münster 2012
Broschiert, 197 Seiten • ISBN: 978-3643118844 • 24,90 €

Verfolgung und Widerstand. Das Schicksal Münchner Sozialdemokraten in der NS-Zeit

Das Buch beleuchtet das Leben von Menschen, die SPD-Mitglieder waren und einen starken regionalen Bezug zu München hatten. Grundlage für die Untersuchung ist eine dichte Quellenbasis, so wurden u.a. Gerichtsakten und Inhaftiertenlisten aus der NS-Zeit sowie Totenbücher und Entschädigungsakten aus der Nachkriegszeit ausgewertet. Dadurch gelingt eine umfassende Zusammenstellung von verschiedensten Lebensläufen und Verfolgungsschicksalen. Das Buch versteht sich dabei auch als Erinnerungs- und Gedenkbuch. In Form von 440 Biogrammen stellen die AutorInnen eine umfassende Studie zur Münchner Sozialdemokratie in der NS-Zeit vor, auch wenn dabei Leerstellen bleiben müssen. Viele Verfolgte, die Widerstand geleistet haben, konnten wegen mangelnder Unterlagen nicht dokumentiert werden. Die Ergebnisse der Studie wurden auch dem Münchner NS-Dokumentationszentrum zur Verfügung gestellt.

Das Buch bietet ein Glossar und ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis. ■

Ingelore Pilwousek (Hg.)
Verfolgung und Widerstand. Das Schicksal Münchner Sozialdemokraten in der NS-Zeit
Volk Verlag, München 2012
Gebundene Ausgabe, 416 Seiten • ISBN: 978-3-86222-042-7 • 24,90 €

Geraubte Kindheit. Ein Junge überlebt den Holocaust

Thomas Geve ist ein besonderer Zeitzeuge des Holocaust. Sein (Über)lebensbericht über die Zeit, die er als jüdischer Jugendlicher in den Konzentrationslagern Birkenau, Auschwitz, Groß-Rosen und Buchenwald verbracht hat, liegt nun wieder vor. Besonders ist vor allem die Vorgeschichte des Werkes, denn die Erinnerungen basieren auf Zeichnungen, die Geve vom „Leben der Jugend in deutschen Konzentrationslagern" erstellte und später verschriftlichte. Die Zeugnisse liegen heute im Yad Vashem Museum in Israel.

1943 wird der 13-Jährige zusammen mit seiner Mutter aus Berlin nach Auschwitz deportiert. Er schildert die folgenden Monate bis zu seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Buchenwald und geht dabei weit über eine bloße Darstellung von Fakten hinaus; höchst emotional und eindringlich kann Geve vermitteln, welche Leiden, Ängste und Qualen er durchzustehen hatte. Gleichzeitig beschreibt er Vorgänge, Tagesabläufe und Umgebungen mit Blick fürs Detail. Aber bereits die Zeit vor der Deportation ist für den jüdischen Jungen traumatisierend. 1929 geboren, kommen die Nationalsozialisten nur ein paar Jahre später an die Macht. Von Kindesalter an ist Geve den Schikanen und Verfolgungen der Nationalsozialisten ausgesetzt, die ihm – im wahrsten Sinne des Wortes – die Kindheit rauben und ihn, bis er fünfzehn ist, gefangen halten.

Mit dem Ende des Krieges enden auch die Aufzeichnungen des Buches, das erstmalig 1958 in Jerusalem erschien. Seit 2000 steht Thomas Geve als Zeitzeuge zur Verfügung, der an deutschen Schulen über seine Erfahrungen aus den Lagern der Nationalsozialisten berichtet. Die Wiederveröffentlichung seiner Erinnerungen kann nun allen eindringlich vor Augen führen, was es bedeutete, als Jude unter den Nationalsozialisten und in den Konzentrationslagern zu leben und zu leiden. ■

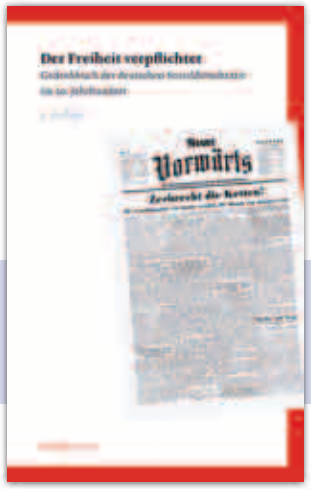
Thomas Geve
Geraubte Kindheit. Ein Junge überlebt den Holocaust
Donat Verlag, Bremen 2012
Gebundene Ausgabe, 238 Seiten • ISBN: 978-3-943425-18-5 • 16,80 €

Der Freiheit verpflichtet

Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert

Die deutsche Sozialdemokratie war im Laufe ihrer Geschichte immer wieder Verfolgungen und Anfeindungen ausgesetzt. Das nun in zweiter Auflage erschienene Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert „Der Freiheit verpflichtet" möchte an die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen erinnern, die das Eintreten für ihre Überzeugungen oft mit dem Leben bezahlen mussten. Die Biografien zeigen die verschiedenen Schicksale von Anhängern der Sozialdemokratie, die ihre Ideale von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit lebten und verteidigten. In Erweiterung der ersten Auflage von 2000 hat man 143 Lebensläufe neu aufgenommen, so dass nun insgesamt 648 Sozialdemokraten und -demokratinnen vorgestellt werden. Sie repräsentieren beispielhaft die Verfolgung von Anhängern der Sozialdemokratie, die aus dem immerwährenden Einsatz der Sozialdemokraten für ein Leben in Demokratie resultierte.

Während der Zeit des Nationalsozialismus aber auch in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Zweiten Weltkrieg und später in der DDR leisteten Frauen und Männer der Sozialdemokratie Widerstand gegen antidemokratische und diktatorische Regime. Dafür wurden sie, wie die Biografien eindrucksvoll beweisen, oft verfolgt oder ermordet. Das Gedenkbuch erinnert an die Opfer, von deren Einsatz wir noch heute profitieren, weil der Wille zur Demokratie durch sie weitergetragen wurde. ■



Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (Hg.)
Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert
Vorwärts Buch, Berlin 2012 (2. Auflage)
Gebundene Ausgabe, 584 Seiten • ISBN: 978-3-86602-250-8 • 60,00 €

Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990 – 2013

Der Fotograf Sean Gallup reiste zwei Jahre durch Deutschland und suchte dabei Spuren von rechtsextremer Gewalt. Das Militärhistorische Museum Dresden entwickelte daraus eine Sonderausstellung. Der zugehörige Ausstellungskatalog führt über die Frage, wie eine wehrhafte Demokratie mit dem Rechtsextremismus umgehen sollte, in das Thema ein. Anschließend werden Erscheinungsformen und Verbreitung des Rechtsextremismus in Deutschland dargestellt. Auf der Suche nach den Ursachen und Auswirkungen der Gewalt porträtierte Sean Gallup 21 Menschen in ganz Deutschland. Die Schilderungen reichen von juristischen und rechtsmedizinischen Betrachtungen über die Opfer von Gewalt bis hin zu Tätern und Aussteigern. Auch jüngere Phänomene, wie der Wandel der rechtsextremen Jugendkultur und Neonazis im Untergrund werden dabei thematisiert.

Das Buch enthält 72 Abbildungen, darunter großformatige Fotografien von Sean Gallup. ■

Gorch Pieken, Matthias Rogg (Hg.)
Rechtsextreme Gewalt in Deutschland. 1990 – 2013
Ausstellungskatalog, Militärhistorisches Museum Dresden; Sandstein Verlag, Dresden 2013
Broschiert, 200 Seiten • ISBN: 978-3-95498-014-7 • 18,00 €

Aufstehen gegen Vergessen und Unrecht! Die Verfolgung und Ermordung jüdischer Lehrerinnen und Lehrer in Bayern 1933 bis 1945

Der Erinnerungsband „Aufstehen gegen Vergessen und Unrecht" vom Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) ist Dokumentation und Einführung in ein Biografie-Projekt, das der Verband 2008 initiierte. In einer umfassenden Archivrecherche wurden und werden Namen und Daten von jüdischen Lehrerinnen und Lehrern in Bayern zur Zeit des Nationalsozialismus zusammengetragen und in einer Datenbank gesammelt. Ausgehend davon können Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer Seminararbeit bzw. in einem wissenschaftspropädeutischen Seminar die Lebensgeschichte der Personen, die während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt oder ermordet wurden, recherchieren, ergänzen und dokumentieren; die Ergebnisse sollen dann veröffentlicht werden. So lernen sie historisch-wissenschaftliche Arbeitsweisen, beispielsweise Archivarbeit, Quellenrecherche oder Oral History kennen.

Im vorliegenden Band werden einführende Informationen zu Thematik und Projekt vermittelt. Neben der Nennung einiger der verfolgten und ermordeten jüdischen Lehrerinnen und Lehrer in Bayern ergänzen Aufsätze und Zusammenfassungen das Buch. So werden sowohl die Rolle des Bayerischen Lehrervereins im Nationalsozialismus als auch der Zustand jüdischer Schulen bzw. Lehrer in Bayern unter der nationalsozialistischen Diktatur beschrieben. Zusätzlich wird ein chronologischer Überblick über die Verfolgung der deutschen Juden zwischen 1933 und 1945 angeboten, dem die Auflistung von Vernichtungs-, Durchgangs- und Arbeitslagern, in denen bayerische jüdische Lehrerinnen und Lehrer inhaftiert und ermordet wurden, voransteht. Eine ausführliche Einführung und Beschreibung des Biografie-Projektes von der Projektleiterin stellt vor, wie in der Schule oder auch in der Universität mit den Daten gearbeitet werden kann.

Für weitere Informationen zum Projekt sei auf die Homepage ***www.erinnern.bllv.de*** verwiesen, wo auch die Datenbank mit den Namen der jüdischen Lehrpersonen zu finden ist, die laufend ergänzt wird.

Der Erinnerungsband rückt die Problematik der Repressionen gegenüber jüdischen Lehrpersonals während des Nationalsozialismus in den Blickpunkt und zeigt mit der Datenbank eine Möglichkeit auf, wie das Thema mit Gewinn in den Unterricht integriert werden kann. Es führt in diese bisher wenig beachtete Thematik ein und will der „Kolleginnen und Kollegen gedenken". ■

Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (Hrsg.)
Aufstehen gegen Vergessen und Unrecht! Die Verfolgung und Ermordung jüdischer Lehrerinnen und Lehrer in Bayern 1933 bis 1945
Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband • Bavariaring 37 • 80336 München

„Ich fühle mich angekommen – mittlerweile“

Das Buch „Ich fühle mich angekommen – mittlerweile“ enthält 24 Berichte von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die in der Kleinstadt Blomberg in Ostwestfalen das Gymnasium besuchen bzw. besucht haben. Sie erzählen von den Gründen für ihre Zuwanderung, den Unterschieden zwischen ihrem Herkunftsland und Deutschland, der Bedeutung der Religion in ihrem Leben, ihrem Spracherwerb und ihrer heutigen Sprachpraxis. Sowohl die Kinder und Enkel von Gastarbeitern als auch von Aussiedlern und Asylbewerbern kommen zu Wort. Die Schwierigkeiten, die die Zuwanderer in Deutschland zu bewältigen haben, aber auch die Chancen, die sich ihnen bieten, werden in den Berichten deutlich. Die Frage, inwieweit sie in der Bundesrepublik angekommen sind, spielt eine wichtige Rolle und wird differenziert beantwortet. ■

Das Buch ist zu beziehen beim Lippischen Heimatbund info@lippischer-heimatbund.de zum Preis von 4,00 € zzgl. Porto und Verpackung , Klassensatz (ab 20 Exemplaren).

Sabine Schlotter (Hrsg.)
„Ich fühle mich angekommen– mittlerweile“
Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund des Hermann-Vöchting-Gymnasiums in Blomberg (Lippe) erzählen
Lippischer Heimatbund, Detmold 2013
Broschiert, 156 Seiten • ISBN: 978-3-941726-27-7 • 4,00 €

Sisyphos‘ Erbe

Sisyphos – in der griechischen Mythologie ein tragischer Held, dazu verdammt, einen Marmorblock auf einen Berg zu tragen, von dem er immer wieder herunterrollt. Der ursprüngliche Mythos wird von Albert Camus umgedeutet: Sisyphos wird zum Rebell, der gegen die Absurdität der Welt ankämpft, immer und immer wieder. In dieser Tradition sieht sich auch Karin Weimann, die mit „Sisyphos‘ Erbe. Von der Möglichkeit des schulischen Gedenkens“ eine Dokumentation ihrer jahrelangen Bemühungen um den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus vorlegt. Seit 1997 veranstalten die 1. Staatliche Fachschule für Sozialpädagogik Berlin und die Berufs- und Fachoberschule für Sozialwesen in Berlin-Charlottenburg auf ihr Betreiben spezielle Veranstaltungen anlässlich des Gedenktages. Die Schülerinnen und Schüler haben an diesem Tag die Möglichkeit, in Arbeitsgruppen mit Überlebenden des nationalsozialistischen Regimes oder ihren Nachkommen zu sprechen. Zusätzlich werden auch Gäste geladen, die wegen ihrer Forschungsarbeit und/oder ihres bürgerschaftlichen Engagements den Schülern Impulse für die Erinnerungsarbeit geben können. Weiterhin gibt es Lesungen, Ausstellungen und die Möglichkeit zum anschließenden Erfahrungsaustausch. Ausgehend vom Engagement der Schulen kam es auch in anderen Einrichtungen zu ähnlichen Veranstaltungen; auch gründete sich 2008 der Verein Erinnern und VerANTLWORTung e.V., der eine Kultur des Erinnerns an die nationalsozialistischen Verbrechen und das Zusammentreffen von Schülern und Schülerinnen mit Überlebenden fördern will.

Neben der umfangreichen Dokumentation der verschiedenen Gedenktage an den Schulen in der Bismarckstraße, die durch einen ausführlichen Anhang ergänzt wird, analysiert die Autorin die gemachten Erfahrungen und lotet so aus, inwieweit Gedenken im schulischen Bereich möglich und erfahrbar ist. Dabei gibt sie einen weiten und umfangreichen Einblick in den Themenbereich Gedenken und Erinnerung, samt deren Tiefen, Problembereichen und Differenzierungen.

Sisyphos‘ Marmorblock ist für Karin Weimann ein „Stein des Anstoßes“, der „Bejahung, Begegnung, Berührung, Trauer, Schmerz, Verzweiflung, Zorn aber auch Gleichgültigkeit, Überdruss, Abneigung, Kritik, Abwehr“ hervorrufen kann. Es gelingt ihr, all diese Emotionen in dem Buch einzufangen und zu artikulieren. ■

Karin Weimann
Sisyphos‘ Erbe
Von der Möglichkeit schulischen Gedenkens

Lichtig Verlag, Berlin 2013
Broschiert, 624 Seiten • ISBN: 978-3-929905-28-1 • 21,50 €

Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass
- meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss,
- meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen.

☐ Ich zahle den Jahresbeitrag in Höhe von 80 € (ermässigt 30 €)

☐ Statt dem Jahresbeitrag von € 80 (ermässigt € 30) zahle ich bis zum Widerruf freiwillig den Jahresbeitrag in Höhe von

☐ 100 ,00 € ☐ 150,00 € ☐ 200,00 € ☐ 300,00 € ☐ _____, 00 €

☐ Den o.a. Jahresbeitrag wollen sie gemäss der anhängenden Einzugsermächtigung von meinem Konto abbuchen

☐ Den o.a. Jahresbeitrag werde ich überweisen

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtsdatum: _____ email: _____

Telefon (p.) : _____ Fax : _____

Beruf / Funktion : _____

Telefon (d.): _____ Fax: _____

Verein / Verband etc.:

_____

Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert:

_____

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V. zu Lasten des

Kontos Nr.: _____ BLZ: _____

bei (genaue Bezeichnung der Bank) : _____

Konto-Inhaber(in): _____

mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift: _____

Vorstand

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Wolfgang Tiefensee MdB, Vorsitzender
Eberhard Diepgen, stellv. Vorsitzender
Prof. Dr. Bernd Faulenbach, stellv. Vorsitzender
Cornelia Schmalz-Jacobsen, stellv. Vorsitzende
Bernd Goldmann, Schatzmeister
Ekin Deligöz MdB
Dr. Alfred Geisel
Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer
Prof. Dr. Johannes Tuchel

VORSTAND

Dieter Althaus
Dr. Andreas H. Apelt
Erik Bettermann
Prof. Dr. Friedhelm Boll
Wolfgang Bosbach MdB
Tilo Braune
Ekin Deligöz MdB
Prof. Dr. Hansjörg Geiger
Iris Gleicke MdB
Kerstin Griese MdB
Reinhard Grindel MdB
Dr. Norbert Haase
Christoph Heubner
Dr. Werner Jung
Prof. Dr. Alfons Kenkmann
Birgit Kipfer
Prof. Dr. Volkhard Knigge
Dr. h.c. Charlotte Knobloch
Hannelore Kohl (Greifswald)
Dr. Anja Kruke
Uta Leichsenring
Markus Löning
Wolfgang Lüder
Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Friedbert Pflüger
PD Dr. Ernst Piper
Ulrike Poppe
Prof. Dr. Günther Rüther
Prof. Dr. Klaus G. Saur
Dieter Schulte
Lala Süsskind
Lothar Tautz
Linda Teuteberg MdL
Prof. Dr. h.c. Josef Thesing
Arnold Vaatz MdB
Ernst-Jürgen Walberg
Prof. Dr. Gert Weisskirchen

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende
Prof. Dr. Hubert Burda
Rainer Braam
Dr. Thomas Goppel MdL
Prof. Dr. Berthold Leibinger
Dr. h.c. Max Mannheimer
Friedrich Schorlemmer
Walther Seinsch
Barbara Stamm MdL
Dr. Monika Wulf-Mathies

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Dr. h.c. Joachim Gauck (2003-2012)
Dr. h.c. Hans Koschnick (2000-2003)
Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000)

IMPRESSUM

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Augsburg – Schwaben
Sprecher: Dr. Bernhard Lehmann
Haydnstraße 53
86368 Gersthofen
Tel.: 0821/497862
bernhard.lehmann@gmx.de

Baden-Württemberg
Sprecher: Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 07034-929683
Fax. 07034-929685
kipfer.rohrau@t-online.de

Sektion Allgäu-Oberschwaben
Koordinator: Hubert Moosmayer
Oberer Graben 21
88299 Leutkirch
Tel.: 07561 915010
hubert.moosmayer@gmail.com

Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen
Koordinator: Harald Roth
Veilchenstr. 6
71083 Herrenberg
Tel. 07032 953406
Mr.Roth@t-online.de

Sektion Nordbaden
Koordinatorin: Dr. Andrea Hoffend
Helmholtzstr. 13
71133 Karlsruhe
Tel.: 01 60 – 97 05 75 23
andrea.hoffend@t-online.de

Sektion Südbaden
Koordinator: Wolfgang Dästner
Bleichestr. 11
79102 Freiburg
Tel.: 07 61 – 3 53 99
wdaestner@gmx.de

Berlin-Brandenburg
Sprecher: Dr. Benno Fischer
Bismarckstraße 99
10625 Berlin
Tel./Fax: 0 30 – 3 24 22 78
benno-fischer@t-online.de

Bielefeld
Sprecher: Hans-Georg Pütz
Am Spielplatz 2
32130 Enger
Tel.: 0 52 24 – 7 99 27
hans-georg.puetz@uni-bielefeld.de

Hamburg
Sprecher: Hans-Peter Strenge
Baron-Voght-Straße 89 G
22609 Hamburg
Tel.: 0 40 – 82 16 35
h.p.strenge@gmx.de

Hannover
Sprecher: Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle, Wilfried Wiedemann
Wallstraße 6
31582 Nienburg
Tel.: 0 50 21 – 54 27
wiedemann.nienburg@web.de

Ingolstadt
Sprecherin: Monika Müller-Braun
Gratzerstraße 47
85055 Ingolstadt
Tel. / Fax: 08 41 – 92 08 41
mueller-braun.monika@online.de

Mecklenburg-Vorpommern
Sprecher: Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel.: 03 85 – 79 68 31
Fax: 03 85 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

Mittelhessen
Sprecherin: Monika Graulich
Lärchenwäldchen 2
35394 Gießen
Tel./Fax: 06 41 – 4 57 38
mgraulich@t-online.de

Mittelrhein
Sprecherin: Dr. Ursula Bitzegeio
Im Krausfeld 14
53111 Bonn
Tel.: 02 28 – 26 14 29
ursula.bitzegeio@fes.de

München
Sprecherin: Ilse Macek
c/o Münchner Volkshochschule
Kulturzentrum Gasteig
Kellerstr. 6
81667 München
Tel.: 0 89 – 31 81 15 13
Fax: 0 89 – 31 81 15 25
ilse.macek@mvhs.de

Münsterland
Sprecher: Horst Wiechers
Nordstraße 13
48149 Münster
Tel.: 02 51 – 1 62 71 15
WiechersH@stadt-muenster.de

Niederrhein
Sprecher: Ferdinand Hoeren
c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V.
Bismarckstraße 97
41061 Mönchengladbach
Tel./Fax: 0 21 61 – 20 92 13

Nordhessen-Südniedersachen
Sprecher: Ernst Klein
Benfelder Straße 21
34471 Volkmarsen
Tel.: 0 56 93 – 9 91 -49 90
Fax: 0 56 93 – 9 91 -49 91
ernstwklein@web.de

Nordostbayern
Sprecher: Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstr. 16
90480 Nürnberg
Sprecher: Dr. Jörg Skriebeleit
c/o KZ-Gedenkstätte Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 0 96 03 – 90 39 00
Fax: 0 96 03 – 9 03 90 99
information@gedenkstaetteflossenbuerg.de

Oldenburg-Ostfriesland
Sprecher: Werner Vahlenkamp
Westeresch 2
26125 Oldenburg
Tel.: 04 41 – 3 68 52
karin.vahlenkamp@t-online.de

Östliches Ruhrgebiet
Sprecher: Hans G. Glasner
Häuskenweg 4
44267 Dortmund
Tel.: 02 31 – 46 16 66
hgglasner@t-online.de

Rhein-Main
Sprecher: Andreas Dickerboom
Kreutzerstraße 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 0 69 – 59 67 36 87
rhein-main@gegenvergessen.de

Koordinatorin für Rheinland-Pfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 63 28 48
Fax: 0 61 31 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

Sektion Südhessen
Koordinator: Klaus Müller
Gundhofstraße 22
64546 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 0 61 05 – 94 62 50
Fax: 0 61 05 – 94 62 52
klausmueller-walldorf@t-online.de

Rhein-Ruhr West
Koordinator: Wolfgang Braun
Johanniterstraße 13
47053 Duisburg
elke_und_wolfgang.braun@t-online.de
Tel.: 0203/662090
Sprecher: Dr. Günther Neumann
Haroldstraße 45
47057 Duisburg
guenther_neumann@gmx.de
Tel.: 0203 – 372688

Saar-Pfalz-Hunsrück
Sprecher: Armin Lang
c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V.
Gymnasialstraße 5
66606 St. Wendel
Tel.: 0 68 51 – 80 82 790
Funk: 0171 – 520 26 76
Fax: 0 68 51 – 80 82 799
info@adolf-bender.de

Sachsen
Sprecher: Prof. Dr. Christoph Meyer
Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung
Kamenzer Straße 12
01099 Dresden
Tel.: 0351 – 804 02 20
christoph.meyer@hs-mittweida.de

Sachsen-Anhalt
Sprecher: Lothar Tautz
Kantorstraße 4
06577 Heldrungen
Tel.: 03 46 73 – 79 97 34
Funk: 0175 – 592 55 46
Fax: 03 46 73 – 79 97 35
info@lothartautz.de

Schleswig-Holstein
Sprecher: Rolf Fliegner
Albert-Schweitzer-Straße19 A
23879 Mölln
Tel.: 0 45 42 – 8 79 68
cundrflmoe@web.de

Thüringen
Sprecherin: Kati Bothe
Grimmelallee 12
99734 Nordhausen
Tel.: 01 74 – 2 09 43 53
Fax: 0 36 31 – 47 68 23
kabonodi@email.de

Unterweser-Bremen
Sprecher: Reinhard Egge
Grüne Straße 29 A
27721 Ritterhude
Tel.: 0 42 92 – 40 90 56
Fax: 0 42 92 – 40 90 57
Sprecher: Konrad Kunick
Günther-Hafemann-Str. 28
28327 Bremen

Würzburg-Unterfranken
Sprecher: Gerhart Gradenegger
Bohlleitenweg 1
97082 Würzburg
Tel.: 09 31 – 41 37 31
gradenegger@t-online.de

Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft

46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung

Themen und Materialien

Gegen Vergessen für Demokratie e.V.

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung